

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 235.

Dienstag, den 7. Oktober 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Mehr Sozialpolitik.

Einschränkung der Sozialpolitik! Zu dieser Forderung bekannte sich der Zentralverband der Industriellen auf seiner am 15. September 1913 in Leipzig abgehaltenen Delegiertenversammlung. In diesem Ruf nach Stillstand in der sozialpolitischen Gesetzgebung stimmen Agrarier und Mittelständler begeistert ein. Angehörig leidet Deutschland unter einem Zuviel an sozialer Fürsorge. Man meint, dem Wohle der Arbeiter sei nun überreich Genüge geschehen. Das bekannte, seltsame Wort von der gefüllten Kompostschüssel der Arbeiter haben die Scharfmacher und die Junker zu ihren Gunsten im Kampfe für Lebensmittelminderer und gegen Arbeiterschutz weidlich ausgeschlachtet. Leider auch mit offensichtlichen Erfolg. Es fanden sich sogar einige Professoren, die mehr Kühnheit als gewissenhafte Gründe zu der Theorie von der Ueberspannung in der Sozialpolitik lieferten. Sie bemühten sich, der Scharfmacherei ein wissenschaftliches Mäntelchen zu schneidern.

In Wirklichkeit ist mehr Arbeiterschutz ein dringendes Gebot der Stunde. Wenn es dessen noch eines Beweises bedürft hätte, so liefert die Veränderung im Altersaufbau der Bevölkerung ihn in der denkbar einwandfreiesten Weise. Der Anteil der über 50 Jahre alten Personen an der Gesamtbevölkerung ist zurückgegangen. Das Bekanntwerden dieser Tatsache müßte aufzurütteln, müßte die öffentlichen Gewalten auf den Plan rufen zur Abwehr des Unheils. Die amtlich festgestellte Verminderung der älteren Leute im Volksgange hat ein früheres Sterben als bisher zur Voraussetzung, wenigstens in einem Teile der Bevölkerung. Aber kein Alarmruf wegen Vernichtung der Volkskraft ertönt. Mit Polizeieinknappeln und Mönchskutten soll die Gebärrengigkeit angeregt werden, aber tatlos sieht man zu, wie die Volkskraft verwüßt wird. Allerdings, das Aufziehen der Proletariatskinder kostet das Kapital nichts, aber verwüstender Raubbau an der Arbeitskraft des Proletariats steigert den Profit. Und darum ruft das Ausbeutertum: Weniger Arbeiterschutz!

Verchiedene Anzeichen sprachen schon längst dafür, daß die industrielle Entwicklung in gesteigertem Maße die Arbeitskraft verbraucht. Die Maschine in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben, die fortschreitende Mechanisierung der Produktionsprozesse macht Arbeiter überflüssig. Das bedeutet aber keine Entlastung des einzelnen an die Maschine gefesselten Arbeiters, keine Milderung in der Ausbeutung der Arbeitskraft. Im Gegenteil, die Maschine, der automatische Betrieb frisst mehr Lebensmark, reißt die Nerven des zum Sklaven des eisernen Herrn gewordenen Arbeiters schneller und gründlicher auf.

Nach den Feststellungen der königlichen Gewerbebeamten ist die Zahl der älteren Leute im Vergleich zur Gesamtarbeiterschaft in den Fabriken zurückgegangen. Die Hauptursachen dieses Rückganges ist die künstliche Verjüngung des Arbeiterstammes. Der Beamte des Bezirks Düsseldorf schreibt wörtlich:

„Zweifelloos stellt ein großer Teil der in den Großeisenwerken vorkommenden Arbeiten an die Körperkraft der Arbeiter so hohe Anforderungen, daß nur junge, in der Volkraft der Jahre stehende Leute sie überhaupt und auch diese sie nicht für lange Dauer zu leisten vermögen. Ein erheblicher Prozentsatz der Arbeiter ist daher schon aus diesem Grunde nach verhältnismäßig kurzer Zeit genötigt, zu einer anderen, weniger anstrengenden Tätigkeit überzugehen. Die Verwendungsmöglichkeit nicht mehr voll leistungsfähiger Arbeiter ist aber in der Großeisenindustrie naturgemäß beschränkt und nur ein verhältnismäßig kleiner Teil dieser Arbeiter kann auf den Werken selbst weiter lohnende Beschäftigung finden. Dazu kommt, daß die Betriebsleiter wenig geneigt sind, ältere neu einzustellen, so daß als Einstellungsgrenze des Großeisenarbeiters im allgemeinen das 40. Lebensjahr gelten kann.“

Auch in anderen Gewerken, z. B. in der Zement- und der chemischen Industrie, ist es vielfach üblich, Arbeiter im Betriebe nicht alt werden zu lassen. Wenn man sie nach einiger Zeit gründlich ausgebeutet hat und die Leute anfangen, zu kränkeln, dann wirft das Kapital sie auf das Pflaster. Das hat für das Unternehmertum zweifache erwünschte Folgen. Die Werkherren erzielen so verhältnismäßig günstige Ertragsziffern für ihre Betriebe. Das erweckt den Anschein, als ob die Arbeitsverhältnisse zu Bedenken keinen Anlaß böten. So täuscht man die Öffentlichkeit und macht für die eigenen Krankenkassen Ersparnisse.

Die Entlassung gibt den ausgemergelten Arbeitern die Lebenskraft und die Gesundheit natürlich nicht zurück.

Sie bleiben frühzeitig Todeskandidaten. Die geschilderte künstliche Verjüngung des Arbeiterstammes, die fortgesetzte Zuführung „frischer Ware“, das Heranziehen junger Leute das Abstoßen der krank und elend gemachten Arbeiter verschleiert ein sehr gefährliches Verwüsten von Arbeits- und Volkskraft.

So schlimm, so erschreckend groß ist das Vernichten, daß es sich sogar im Altersaufbau der Gesamtbevölkerung bemerkbar macht. Mit der von dem Gewerbeinspektor gekennzeichneten Praxis wird natürlich eine Verjüngung des Arbeiterstammes erzielt. Aber die Opfer der Ausbeutung verschwinden nicht aus der Gesamtbevölkerung. Ein früheres Sterben der von der Industrie Abgestoßenen muß daher den Altersaufbau der Gesamtbevölkerung trotz der allgemeinen Abnahme der Sterblichkeit beeinflussen. Und das ist tatsächlich bereits der Fall. Die Ergebnisse der Berufszählung im Jahre 1907 beweisen das deutlich. Von 100 der Gesamtbevölkerung entfielen nämlich auf die Altersgruppen:

	1882	1895	1907
bis 20 Jahre	44,8	44,8	44,4
20—50	39,4	39,7	40,6
über 50	15,8	15,5	15,0

Der Anteil der über 50 Jahre alten Personen an der Gesamtbevölkerung ist von 15,8 im Jahre 1882 auf 15,0 im Jahre 1907 zurückgegangen. Wahrscheinlich ist diese Gruppe in den letzten sechs Jahren noch weiter zusammengeschrumpft. Und das Zusammenschmelzen wird nicht aufhören, wenn nicht ein energischer Arbeiterschutz dem Verwüsten der Volkskraft ein Halt setzt.

Die vorstehenden Ergebnisse geben dem Altersaufbau der Erwerbstätigen eine besondere Bedeutung. An dem früheren Sterben sind die besitzenden Schichten kaum beteiligt. Es ist vielmehr anzunehmen, daß deren Durchschnittsalter größer geworden ist. Demnach muß es in dem übrigen Volksteil über die dargestellte Verjüngung gesunken sein. Tatsächlich ist bei den Erwerbstätigen — ausschließlich der Mithelfenden — die Gruppe der älteren Personen stärker zurückgegangen, als im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Von 100 der Gesamtbevölkerung standen im Alter:

	Personen			
	männliche		weibliche	
bis 20 Jahre	18,5	19,7	18,5	19,7
von 20—50 Jahre	63,6	66,3	53,2	54,7
über 50 Jahre	20,2	17,9	20,8	17,5

Hier also beträgt der Rückgang auf 100 der Bevölkerung allein in der letzten Zählperiode bei den männlichen 2,3 und bei den weiblichen Personen sogar 3,2. Einen noch erheblicheren Rückgang ertitten die höheren Altersgruppen in Handel und Industrie. Und hier geht der Rückgang bis auf das 40. Lebensjahr zurück. Im Jahre 1882 gehörten z. B. von 100 männlichen in der Industrie beschäftigten Arbeitern 31,8 zu der Gruppe der über 40 Jahre alten Personen. Im Jahre 1907 nur noch 28,9. Bei den weiblichen Beschäftigten ergab sich ein Rückgang von 27,1 auf 22,4. Die Ziffern aus dem Handelsgewerbe zeigen folgende Veränderung: bei den männlichen Beschäftigten eine Verkleinerung des Anteils der über 40 Jahre alten Personen von 40,3 auf 35,9, bei den weiblichen Beschäftigten von 46,3 auf 32,3. Hier ist das vermehrte Einstellen nur junger Arbeitskräfte die Ursache der Verjüngung. Man will ältere Personen nicht mehr; sie sind den vielfach unheimlich gesteigerten Ansprüchen an die körperliche Leistungsfähigkeit nicht genügend gewachsen. Dem Menschenkraft, Gesundheit, Lebensmark gierig fressenden Wirtschaftskörper führt man ununterbrochen frisches Menschenfleisch zu. Die verdorrten, zermürbten Arbeiter wirft man hinaus.

Diese Ergebnisse heißen gebieterisch ein Eingreifen. Das Aufwerfen eines Schutzwalles gegen ein entsetzliches Vernichten von Leben, gegen ein tolles Verschleudern von Volkskraft, ist eine der dringlichsten Aufgaben der Gegenwart. Mit der Ausrede, daß lediglich das stärkere Heranziehen junger Arbeitskräfte den Anteil der höheren Altersgruppe an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen vermindert habe, kann man jetzt nicht mehr durch. Die Ergebnisse der Berufszählungen lassen erkennen, daß der Raubbau an der Arbeitskraft bereits den Anteil der über 50 Jahre alten Personen an der Gesamtbevölkerung verkleinert hat.

Wenn es wirklich um die Stärkung des Volkes und um ein Entgegenarbeiten gegen Verelendung und Degeneration zu tun ist, müßte mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften einstimmen in die Forderung:

Mehr Arbeiterschutz!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wie der Fiskus zu seinem Gelde kommt!

Eine eigenartige Methode des südwestafrikanischen Fiskus, Geld einzutreiben, wurde im Farmerverein Keetmanshoop in Gegenwart des Gouverneurs geschildert. Die „Lübecker Zeitung“ berichtet darüber:

R. Blank berichtete über das Verfahren der Intendantur der Schutztruppe bei Vergebung der Frachtfahrerträge. Er erzählte, daß ihm vor kurzem mitgeteilt worden sei, seine beiden in Keetmanshoop befindlichen Wagen könnten zwei Fuhrer für die Schutztruppe nach Karubis befördern. Ihm sei der übliche Satz von 3/4 Pfg. pro Kilometerzentner geboten doch hätte er sich verpflichten sollen, sich von dem Betrage der Fracht ein Drittel abzuziehen zu lassen, aber Quittung für den vollen Betrag auszustellen. Auf seine Frage, wozu denn ein solcher Zauber dienen solle, sei ihm die Antwort geworden, daß mit derartigen Abzügen die Schulden früherer Frachtfahrer an den Militäriskus bezahlt würden. Da er keine Lust hatte, die Schulden anderer Leute zu bezahlen, habe er die angebotenen Frachten abgelehnt. F. Boldt bestätigte diesen Sachverhalt und führte aus, daß auch den Damaras in Fahlgras für Schutztruppenfrachten solche Abzüge gemacht würden. Bis dahin hatte der Gouverneur ungläubig lächelnd das Haupt geschüttelt. Jetzt fragte er den anwesenden Eingeborenen-Kommissar, ob ihm diese Abzüge bei Eingeborenen-Frachtfahrten bekannt seien. Herr Frese bestätigte prompt, daß die Eingeborenen jetzt die Rückzahlung der ihnen jahrelang abgezogenen Beträge, für deren Empfang sie allerdings Quittung geleistet hätten, forderten und er ihre Forderung vertrete. R. Chret berichtete, daß ihm gegenüber ein früherer Sergeant und späterer Frachtfahrer sich vor kurzem darüber lustig gemacht habe, daß andere Leute jetzt emsig dabei seien, durch Frachtfahrten für die Truppe seine alten Schulden zu bezahlen. R. Chret erklärte, daß viele frühere Frachtfahrer dem Fiskus Geld schuldeten, daß sie aber ausgewandert, verstorben oder gänzlich mittellos seien. Nun sei von Berlin angeordnet worden, daß die Frachten nur an solche Frachtfahrer zu vergeben seien, die dem Fiskus Geld schulden, und daß ein Drittel der Fracht einzubehalten sei. Diese Order ist natürlich unausführbar, und da die Truppe ihre Frachten doch von irgend jemand fahren lassen müsse, sei man auf das geschilderte Verfahren gekommen.

Wirklich, in unsern herrlichen Kolonien übertrifft eine amtliche Leistung immer die andere!

Eine Selbstenthüllung des Reichsverbandes.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Hartungische Zeitung“ einen längeren Artikel, in dem sie sich mit den Praktiken des Reichsverbandes beschäftigt. Sie kennzeichnet, wie es mit der Neutralität des Reichsverbandes gegenüber allen bürgerlichen Parteien bestellt ist, dieser angeblichen Neutralität, die der Reichsverband gern als Loosmittel und Aushängeschild benutzt und ferner, wie der äußere Aufbau und das innere Wesen des Verbandes beschaffen ist. Wie Arbeiter in den Reichsverband hineinkommen, zeigte ein Redner des Reichsverbandes in Königsberg folgendermaßen:

Generalsekretär Taube (der Angestellte des Reichsverbandes) ging nämlich mit einem befreundeten Fabrikarbeiter in einer Fabrik von einem Arbeiter zum andern mit der Aufforderung, den Namen in die bereitgehaltene Liste einzutragen. Bedenken hiergegen wurden dadurch zerstreut, daß den Arbeitern bedeutet wurde, die Direktoren wünsche den Beitritt und bezahlen den Beitrag. Der Herr Aufseher setzte bei dieser Gelegenheit auch hinzu: „Kommen wir einmal in eine andere Fabrik, so werden wir ja doch wieder der Sozialdemokraten.“ Die „Hartungische Zeitung“ stellt fest, daß wohl ein Reichsverbandredner diese Art Werbearbeit verurteilt hat, daß aber der Reichsverband nach wie vor den Beitrag für die so gewonnenen Mitglieder nimmt, diese nach wie vor in den Mitgliederlisten führt und mit einer großen Mitgliederzahl prunkt. Das Gros der Mitglieder stellen nämlich diese „nationalen Arbeiter“.

Weiter schildert die „Hartungische Zeitung“, wie sich der Reichsverband mit fittlicher Entrüstung gegen die Tonart der Sozialdemokraten wendet, wie aber der Herr Generalsekretär des Reichsverbandes, Taube, „von dem Schmus der Verächtlichkeit und der Frechheit“ eines Bebel spreche und die Sozialdemokraten mit dem Rosenamen „Buben“ belege. Zu den in der Versammlung anwesenden

Fortschrittler hätte er gesagt: Die Fortschrittler haben wir nicht eingeladen. Wir kümmern uns nicht um diese Partei. Wir verbitten uns die Kritik dieser Partei und wünschen, daß sie unsere Versammlungsräume meidet. Von einem Prozeß gegen die „Hartung'sche Zeitung“, die dem Reichsverband in den Rücken gefallen sei, habe man abgesehen, weil das Prozeßieren der Tendenz des Reichsverbandes widerspreche. (Wer lacht da? Red.)

Der Obermeister einer Königsberger Innung hat nach der letzten Reichsverbandssammlung gesagt: „Ich habe mich lange Jahre als konservativer Parteimann politisch betätigt, eine Geschäftsleitung mit soviel Persönlichkeit und Weltfremdheit, wie sie heute bewiesen wurde, habe ich noch nicht erlebt.“

Wenig schmeichelhaft ist diese Selbstenthüllung für den Reichsverband, aber sie zeigt, wie er immer mehr abwirtschaftet und nur noch ein trauriges Dasein fristet.

Was verursacht die Deutenot auf dem Lande?

Eine Antwort ist den Agrariern auf diese Frage schon oft gegeben worden. Nach der nachstehend geschilderte Fall gibt eine Antwort. Bei dem Gutsbesitzer Bödschek in Naußlig i. S. war die Dienstmagd Anna Richter wegen schlechter Behandlung entlaufen. Auf Antrag Bödscheks ließ der dortige Gemeindevorstand die Richter in den Dienst zurückbringen. Sie entließ aber sofort wieder, weil sie für sie keine Aussicht ergab, daß ihr Dienstverhältnis sich ändern würde. Der Gutsbesitzer beantragte deshalb bei der Amtshauptmannschaft Kamenz i. S. Bestrafung. Und die Amtshauptmannschaft kam dem Verlangen nach und erließ gegen die Richter eine Strafverfügung, auf fünf Tage Haft lautend. Hiergegen erhob die Richter beim Amtsgericht in Kamenz Beschwerde und es kam zur gerichtlichen Verhandlung. Was sich da ergab, spottet aller Charakterisierung.

Die unmehr angeklagte Richter gab an, daß die schlechte Behandlung in der Verabreichung schlechter Nahrung bestanden habe. Sie habe während der ganzen Dienstzeit, ausgenommen die Sonntage, kein Fleisch zu essen bekommen. Morgens habe sie eine „Schwarzsuppe“, die aus Wasser und Brot und einem Löffel Fett bereitet war zu essen bekommen; an Wochentagen mittags bekam sie regelmäßig Sauerkraut und Kartoffeln und abends wieder Schwarzsuppe zu essen. Kartoffeln und Sauerkraut wurden nach Angabe der Angeklagten in demselben Wasser gekocht, in welchem sich die Eheleute Bödschek wuschen. Weitere Mahnungen will die Richter nicht erhalten haben; ebenso wenig habe sie während ihrer fünfmonatigen Dienstzeit Butter oder Wurst erhalten. Durch das Essen des vielen Sauerkrautes war sie magenkrank geworden, weshalb sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Die sich so gestaltende Beweisaufnahme veranlaßte selbst den Gerichtsvorwärtenden zu dem Ausspruch, daß die Richter unter einer skandalösen Behandlung zu leiden gehabt habe. Das Urteil lautete denn auch auf Aufhebung der amtshauptmannschaftlichen Strafverfügung und auf kostenlose Freiführung.

Trotz solcher Zustände wundern sich die Agrarier daß sie keine Leute bekommen! Dringend notwendig ist es, daß man den landwirtschaftlichen Arbeitern volles Koalitionsrecht gewährt; damit sie sich selbst gegen solche skandalöse Zustände wehren können.

Artliche Berichterstattung.

Ein Muster irreführender Berichterstattung liefert sich der „Reichsanzeiger“ — Nr. 232 — in einem Bericht über die statistischen Ergebnisse der Rheinisch-Westfälischen Textilberufsgenossenschaft. Ueber die von den Arbeitern erzielten Jahreslöhne macht er dabei folgende Angaben: 1912: 953,27 Mk., 1911: 927,08 Mk., 1896: 633,77 Mk. Diese Angaben sollen zweifellos den Anschein erwecken und erwecken sie bei den Nichtkundigen auch, als ob die erzielten Jahresdurchschnittslöhne in dem dargestellten Ausmaß, also seit 1896 um 319,50 Mk. gleich 50 Prozent gestiegen seien. Daß mittlerweile die anrechnungsfähige Lohnsumme um 300 Mk. erhöht worden ist, die zum Ausdruck gebrachte Lohnsteigerung zum großen Teile rein rechnerisch ist, das wird sorgsam verschwiegen. Aus dem „Reichsanzeiger“ finden die Angaben den Weg in die Amtsblätter und Winkelpresse, wo sie, noch mit Stoffen begleitet, vornehmlich den Bauern ein Bild von gefüllten Komposthäufen der Arbeiter vorkaufeln und die Neigung zu weiterem Anziehen der Lebensmittelpreise stärken.

Der landwirthliche Großgrundbesitz.

Einen unüberwindlichen kommunalpolitischen Bodenzweck verübten die Stadträte der schlesischen Gemeinde Freiburg, einer der wenigen Städte, die noch über ihren alten Gemeindevorstand verfügt. Sie beschloßen, den Stadtvorstand für 300000 Mk. an den — Fürsten Pflüch, einen der größten Grundbesitzer Preußens, dem ohnehin bald der ganze Kreis Waldenburg gehört, zu verkaufen! Alle Warnungen blieben ungehört. Sozialdemokraten gehören der Stadtvorstandssammlung nicht an und so konnten die weitjährigen Spießbürger ungehört das Eigentum der Gemeinde verhandeln — zum Schaden der Lebenden und der kommenden Generationen.

Der Welfenpöbel.

Wenn es nach den Wünschen der alldeutschen Presse von Schlege der „Tagl. Rundschau“, der „Deutschen Zeitung“ usw. ginge, dann müßte jetzt im deutschen Volk ein „Welfenpöbel“ einziehen. Die „Deutsche Zeitung“ z. B. meint: „Will das preussische Staatsministerium nicht als eine Versammlung ungetreuer Knechte und unmännlicher Staatskrieger, will es nicht als ein Gremium subalterner Bediensteter erscheinen, so darf es in dieser nun durch Welfentrog und Welfenhetze zum Glück über jedes Erwarten gestiegenen Angelegenheit nicht seine Vergangenheit, nicht Bismarck's und Bismarck's Vereidigung der preussischen und hochverehrten Interessen, nicht seine eigenen Anträge beim Bundesrat von 1855 und 1867 verleugnen. Lieber rotten-

weise von der Bühne abtreten, als die Fahne Preußens im Stich lassen! Es wäre jetzt wohl an der Zeit, daß öffentliche Versammlungen begännen, die Meinung des preussischen Volkes lauter und bewegter zu vertreten.“

Unter dem „preussischen Volk“ kann in diesem Falle nur der alldeutschen-antisemitische Flügel gemeint sein, denn das wirkliche preussische Volk, die entrechteten Massen, haben wirklich Wichtiges zu tun, als sich um diese heillosen Treibereien zu kümmern. Wenn es nach den Wünschen des Volkes ginge, dann müßte Braunschweig ein republikanischer Staat mit einer rein demokratischen Verfassung werden. Dafür aber sind weder die „ungetreuen Knechte“ noch die alldeutschen Wichtigtuer zu haben. Uebrigens bedenken die Nationalliberalen gleich beim Wiederauftreten des Reichstages eine Interpellation über die Welfenfrage einzubringen. Die „National-Zeitung“ spielt sich als „vortrefflich informiert“ auf, indem sie versichert:

„Der Reichskanzler ist bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge und mit Rücksicht auf die Verhandlungen noch nicht in der Lage, mit einer amtlichen Erklärung hervorzutreten. Es bleibt ihm augenblicklich nichts anderes übrig, als den Schiffs vorzuhalten, um die Angriffspfeile aufzufangen, die von allen Seiten entsandt werden. Die Haltung kann natürlich nur eine zeitweilige sein, denn schließlich liegt die Schuld für die Verwirrung der Begriffe und die peinliche Wendung der Dinge, peinlich auch für die beteiligten Herrscherhäuser, nicht auf Seiten der Regierung, sondern einzig und allein bei den Welfen.“

Der Reichskanzler, dem hier die wenig rühmliche Rolle des Kugelfanges zugeordnet wird, scheint die ganze Sache nicht besonders tragisch zu nehmen, denn vorläufig ist er in das bairische Hochland abgereist, um dort Böcke zu schießen.

Fleischeinfuhr aus Rußland.

Der preussische Landwirtschaftsminister hat das Gesuch der Stadt Berlin um Genehmigung der Einfuhr von Rind- und Schweinefleisch aus Rußland unter den bisherigen Bedingungen bis zum 1. Januar 1914 genehmigt.

„Fraktion Drehscheibe“.

Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat am Sonnabend und Sonntag unter dem Vorsitz Bassermanns in Wiesbaden getagt. Als Gast war der Führer der Nationalliberalen im preussischen Landtage, Geheimrat Dr. Friedberg anwesend, der vermutlich die Aufgabe hatte, als eine Art überwachender Vertrauensmann der Scharfmacher zu fungieren. Ueber die Verhandlungen selbst, die vertraulich waren, liegt lediglich ein Bericht der parteiamtlichen nationalliberalen Korrespondenz vor. Die Fraktion trat der Ansicht der hannoverschen Nationalliberalen bei, daß der Thronbesteigung des Cumberlanders in Braunschweig widersprochen werden müsse, solange die Welfen ihren bekannten Standpunkt nicht aufgeben. Die nationalliberale Reichstagsfraktion will ihre Ueberzeugung mit allen ihr zu Gebote stehenden parlamentarischen Mitteln den verbündeten Regierungen gegenüber zur Geltung bringen. In der Frage des künftigen Zolltarifs wollen die Nationalliberalen an der bisherigen Wirtschaftspolitik festhalten; sie lehnen den Abbau der bestehenden Schutzzölle ab, wollen aber andererseits auch gegen die extremen Schutzforderungen ankämpfen. — Die Beratung der Frage des Arbeitswilligenschutzes führte zu der Einsetzung einer Kommission, die das vorhandene Material verarbeiten und die Grundlage für die weiteren Entschlüsse der Fraktion schaffen soll. Damit hätte die nationalliberale Reichstagsfraktion ihren bisherigen ablehnenden Standpunkt aufzugeben; denn wenn man sich erst einmal dazu entschließt, das von den Scharfmachern gelieferte Material in einer Kommission zu verarbeiten, dann darf mit Sicherheit angenommen werden, daß das Ergebnis darin bestehen wird, daß die Nationalliberalen den Scharfmachern entgegenkommen werden. Das scharfe Vorgehen der Schwerindustrie gegen die Nationalliberalen hat sonach bereits zu einem Erfolge geführt. — Die Bestrebungen auf Schaffung eines Staats-Arbeiter-Rechtes veranlaßt die Fraktion, im Reichstage einen Antrag einzubringen auf Vorlegung einer Denkschrift über die rechtlichen Verhältnisse der außerhalb des Beamtenverhältnisses in den Betrieben des Reiches beschäftigten Personen. Ueber die Frage der Gewerbe- und Handwerker-Politik kam man zu keiner Einigung; sie wurde einer dreigliedrigen Kommission überwiesen, die der Fraktion, wenn sie im Reichstage wieder zusammentritt, Bericht erstatten soll.

Der achte preussische Städtetag

ist am Montag in Breslau zusammengetreten. Unter den Teilnehmern sind auch mehrere Parteigenossen, die in den städtischen Verwaltungen Aemter bekleiden, so die Genossen Eduard Bernstein und Paul Hirsch. Nach den üblichen Begrüßungsansprachen wurde in die Tagesordnung eingetreten und zunächst erstattete der Geschäftsführer des Städtetages, Stadtrat a. D. Dr. Luther Bericht über die bevorstehende Abänderung des Kommunalabgabengesetzes. Er verlangte die Erzielung neuer Einnahmequellen für die Gemeinden und bemerkte, daß vielleicht die Kapitalrentensteuer eine solche Einnahmequelle darstellen könnte. — In der Debatte wurde besonders die Frage des Ausgleichs der Volksschullasten zwischen den Gemeinden, in denen die Arbeiter wohnen und den Gemeinden, in denen sie arbeiten, besprochen und hervorgehoben, daß der vernünftigste Ausgleich durch Eingemeindung zu erreichen wäre, daß aber die Staatsregierung diese vernünftige Lösung verhindern. — Landtagsabgeordneter Cassel-Berlin bedauerte hierbei, daß manche Gemeinde die Ausgleichsbeträge zur Förderung des höheren Schulwesens statt zur Unterhaltung der Volksschule verwenden.

Der Städtetag wandte sich dann der Wohnungsfrage zu, und Bürgermeister Sahm-Böhm sprach den neuen preussischen Wohnungs-Gesetzentwurf, wobei er sich gegen die geplante Einschränkung der Selbstverwaltung wandte und für Reich und Staat ein umfangreiches Programm gesetzgeberischer Tätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens entwarf, so besonders die Reform

des Hypothekenrechts, des Erbbaurechts usw. — Die weiteren Verhandlungen wurden dann auf Dienstag vertagt.

China.

Yuan-shik'ai — Präsident. Yuan-shik'ai ist im dritten Wahlgang mit 507 Stimmen zum Präsidenten der chinesischen Republik gewählt worden. Linuanhung erhielt 179 Stimmen. Die Verkündung des Ergebnisses rief große Begeisterung in der Kammer hervor.

Das Auswärtige Amt benachrichtigte die Gesandtschaften sofort von der Wahl Yuan-shik'ai's. Die Noten der Mächte, in denen die Republik anerkannt wird, sind nach dem Auswärtigen Amt unterwegs. Das Auswärtige Amt hat vorher die Gewähr übernommen, daß der neugewählte Präsident alle mit der Mandchurei abgeschlossenen Verträge und die bestehende Zollverwaltung aufrechterhalten wird.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 7. Oktober.

Die Versammlung der weiblichen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins findet besonderer Umstände wegen nicht am Donnerstag, sondern am Freitag, dem 10. Oktober statt. Die Genossinnen seien darauf besonders aufmerksam gemacht.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am kommenden Montag abend 6 Uhr statt. Zur Beratung gelangt das Einkommensteuergesetz.

Die Bürgerschaft wird jetzt wieder arbeitswillig. Eigentlich war sie das ja immer, nur hatte sie nicht häufig Gelegenheit dazu, ihren Arbeitsseifer zu betätigen. Die Gelegenheit soll ihr in nächster Zeit in recht erheblichem Maße geboten werden. Wieviel gute Arbeit geleistet wird, muß man natürlich abwarten. Wer unser Vierklassenparlament und den Senat kennt, hat da nicht viele Hoffnung.

Die gestrige Bürgerschaftssitzung leitete der Vorsitzende mit der „hochfeylichen“ Mitteilung ein, daß es dem Senat nach jahrelangen Beratungen endlich gelungen ist, die Frage seiner Umstrukturierung in befriedigender Weise zu lösen. Die Frage der Ruhelohntafel für die städtischen Arbeiter dagegen harret noch immer ihrer Erledigung. Aber es muß doch das Herz jedes städtischen Arbeiters höher schlagen lassen, wenn er wenigstens bei „hohen Festlichkeiten“ Gelegenheit hat, die Mitglieder des Senats in goldglänzenden Uniformen begangeln zu können. Am 18. Oktober, beim Völkerschlachtrummel, wird damit der Anfang gemacht. Vom Senatliche wurde noch mitgeteilt, daß der Senat einer Reihe von Hausbesitzerwünschen, z. B. Beschaffung zweiter Hypotheken, einer Änderung des bürgerlichen Gesetzbuches bezüglich der Abtretung des Mietzinses sympathisch gegenüberstehe und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen beabsichtige.

Dann begann die Beratung der Senatsvorlagen. In einer wirksamen Rede trat Genosse Dr. Scholmer für die Einführung der Schulpflicht für Schwachbefähigte und Errichtung einer zweiten Hilfsschule ein, die von der Bürgerschaft in erster Lesung in der verabschiedeten Fassung der Kommission angenommen worden ist, jedoch nicht die zur endgültigen Beschlußfassung nötige Zweidrittelmehrheit erhielt. Nachdem sich mehrere Redner gegen den vom Senator Kulenkamp vertretenen Senatsantrag ausgesprochen hatten, wurde dieser in der Kommissionsfassung angenommen. Die guten Gründe fielen bei der Mehrheit auf steinigem Boden.

Dafür fand der Senatsantrag auf Errichtung einer realgymnasialen Studienanstalt an der Ernestinenschule unsommer Befürworter in den Reihen der Erstklassigen. Daß man dort nur wenig Liebe für die Frauenbewegung empfindet, klang aus den Reden der Herren Dr. Ziehl, Reimpell usw. recht scharf heraus. Die „psychische Seuche“, wie Herr Dr. Ziehl einmal die Frauenbewegung genannt hat, ist aber eine Folge der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, die auch die ganze erstklassige Bürgerschaftsmajorität nicht aufhalten kann. Genosse Stelling hob hervor, daß man immer mit vollen Händen zu geben bereit ist, wenn es sich um die Kinder und die Angehörigen der bestehenden Klassen handelt. Es sei aber vor allem notwendig, die Bildungsmöglichkeiten für die minderbemittelten Volksschichten zu vermehren und zu heben. Diese Ausführungen gaben verschiedenen Erkorenen der Privilegierten Gelegenheit, ihr bekanntes warmes Herz für die werktätigen Volksschichten in den Mund zu nehmen und zu betonen, daß schon so viel für diese Bevölkerungsschichten getan sei, daß fast nichts zu tun mehr übrig sei. Die Vorlage wurde schließlich mit einfacher Mehrheit angenommen; sie muß jedoch einer zweiten Lesung unterzogen werden.

Der vom Senat beantragten Aufhebung der Filialsteuer, die vom Reichsgericht für unzulässig erklärt worden ist, stimmte die Bürgerschaft notgedrungen zu, ließ jedoch dabei deutlich zum Ausdruck kommen, daß sie wünscht, daß die Steuer in einer anderen Form wiederkommen möge. Genosse Hoff kritisierte dabei die Gesetzesmacherei, an der viele Juristen beteiligt gewesen seien, ohne Lübeck vor der Blamage, die in dem Reichsgerichtserkenntnis liege, schützen zu können.

Eine ganze Reihe weiterer Senatsanträge wurde ohne erhebliche Debatte angenommen. Eine lange Erörterung, die häufig Heiterkeit erregte, zeitigte die vom Senat beantragte Hundesteuererhöhung. Die meisten Redner sprachen sich gegen eine Erhöhung dieser Steuer aus, durch die kleineren Leuten das Halten eines Hundes unmöglich gemacht werde. Genosse Löwig kritisierte die Hundesteuerfreiheit der Offiziere, die in Preußen zu dieser Steuer herangezogen würden; er beantragte weiter, daß Ziehunde auf Antrag von der Hundesteuer befreit werden können und wünscht, daß die Steuer in zwei Teilzahlungen erhoben werden solle. Diese Anträge wurden leider abgelehnt; gleichfalls jedoch auch die beantragte Steuererhöhung. Es bleibt also bei dem bisherigen Steuerfuß von 15 Mk. jährlich. Für zweite und dritte Hunde ist der Steuerfuß in der Stadt um 10 Mk., im Lande

gebiet um 8 Mt. höher, als für den ersten Hund. In Zukunft soll die niedrigere Hundsteuer, die für das Landgebiet festgesetzt ist, für alle außerhalb des inneren Bezugsgebietes wohnenden Hundebesitzer gelten.

Gegen 11 Uhr wurde die Versammlung der Bürgerschaft geschlossen mit dem Bemerkten, daß am nächsten Montag ausschließlich das neue Einkommensteuergesetz zum Gegenstand der Beratung gemacht werden soll.

Der erste Abend des Graf-Kursus erfreute sich eines guten Besuchs. Nach einer kurzen Einleitung des Genossen Stellung, der im Namen des Bezirksbildungsausschusses von Mecklenburg-Lübeck die Erschienenen begrüßte, nahm Genosse Graf das Wort. Das Thema des Kursus lautet: „Die Geschichte des Entwicklungsgedankens in der Naturwissenschaft“. Zunächst bemerkte Redner, daß der Entwicklungsgedanke gerade für die Arbeiterschaft von besonderer Bedeutung ist, da das gegenwärtige Prinzip, der Schöpfungsgedanke, von Staat und Kirche im Interesse der herrschenden Klassen angewendet wird. Dann zeichnete Genosse Graf die ideologische Geschichtsauffassung des Bürgertums und die materialistische Geschichtsauffassung, die durch Marx und Engels in die Wissenschaft eingeführt worden ist und der heute die Gelehrten mehr und mehr Rechnung tragen müssen. Auf Grund dieser Geschichtsauffassung gab Redner ein Bild von der Kulturentwicklung, die die Menschheit zunächst bis zur Stufe des Ackerbaues zurücklegen mußte und wies an einzelnen Beispielen nach, wie die wirtschaftliche Entwicklung für das Weltbild der einzelnen Kulturepochen bestimmend gewesen ist. Zum Schluß des Vortrages zeigte Redner, daß die Anschauungen des Naturgenossen eine notwendige Folge von dem Kulturniveau des Ackerbaues ist und wies darauf hin, daß schon der alte griechische Gelehrte Eratosthenes und sein Schüler in Ägypten die Kugelgestalt der Erde erkannten, daß das Christentum, das den Gehorham gegen die Obrigkeit brauchte, wohl die Morallehren der Plato, Aristotels, Sokrates usw. weitergab, aber die Naturerkenntnis der Eratosthenes und Aristotels vollständig. Im heutigen Vortrag wird in der Hauptsache die Entwicklungsgeschichte der Astronomie und die moderne Ergründung der Astronomie erörtert werden. Das interessante Wissensgebiet sollte die Zahl der Zuhörer, die gestern mit größter Aufmerksamkeit den klaren Worten des Genossen Graf folgten, noch erheblich vermehren. Karten sind am Saaleingang erhältlich.

b. **Gewerbegericht** am 6. Oktober. Lohnstreit aus dem Baugewerbe. Seit Februar ist der Zementfacharbeiter Sch. bei der Firma Torckhül tätig, erhielt jedoch nur den für Bauarbeiter üblichen Stundenlohn von 56 Pfg. Er möchte erst später für seine Spezialarbeit den um 10 Proz. erhöhten Lohn geltend, wie dieser auf Grund des Reichstaxtarifs festgelegt wurde und verlangt für 880 Stunden je 7 Pfg. nachbezahlt. Die Firma weigert sich, diesen Betrag zu zahlen, weil erstens der Kläger sich nicht als Zementfacharbeiter ausgegeben und zweitens der Reichstaxtarif nicht unterzeichnet sei. Verhandlungen schwebten noch. Der Vertrag sei ihr erst am 15. August zugestellt worden. Den Begriff Zementfacharbeiter und Zementfacharbeiter habe sie erst im August kennen gelernt. Auf Vorstelligwerden des Klägers wurde ihm bedeutet, er möge den Nachweis bringen, daß er zwei Jahre als Zementfacharbeiter tätig gewesen sei. Nachdem dies geschehen, soll ihm Mitte Juni vom Regierungsbaumeister Stempel auf Grund freier Vereinbarung 6 Pfg. Mehrlohn versprochen worden sein. Die Firma hebt besonders hervor, eine Lohnhöhung könne in diesem Falle nur aus freien Stücken erfolgen, denn Sch. sei ein tüchtiger Arbeiter. Prinzipiell könne sie die Forderung nicht anerkennen, dann kämen die anderen auch. Es soll Beweis erhoben werden, ob eine Vereinbarung zwischen Sch. und dem Regierungsbaumeister stattgefunden hat. Im übrigen ermäßigt der Kläger seinen Anspruch auf 52 1/2 Stunden zu 6 Pfg. — Lohnstreitigkeiten in einer Ziegelei. Von der Firma E. wurde der Ziegelbrenner A. zur Herstellung von 300 000 Ziegeln verpflichtet. Er sollte dafür 1200 Mt. haben und die Leute selbst annehmen und entlohnen. Vom Brennen verstand nach Angabe der Ziegeleibesitzerin der Mann absolut gar nichts. Schon in der ersten Zeit soll A. 16 000 Ziegelsteine total ruiniert und für die ersten Posten statt der 300 Zentner Kohlen deren 500 Zentner verbrannt haben. Da auch schon mehr Lohn ausgezahlt war als Arbeit geleistet, setzte die Frau den Brenner, der sich auf gefälschte Zeugnisse berufen habe, flugs vor die Tür. Mit der eingereichten Klage scheint es dem A. nicht sonderlich ernst zu sein, denn er blieb der heutigen Verhandlung fern. Aber vier Arbeiter, die um einen Teil des Lohnes geprellt sind, waren zur Stelle. Leider ist ihre Aussicht auf Erhalt des Geldes gering, da A. verschwunden und wohl auch mittellos ist. Zwar wurde ein Mann von der Ehefrau des Ziegeleibesitzers angenommen, doch behauptet diese mit großer Gewandtheit, daß sie dies nur für A. — dem sie bei der Auseinandersetzung die Mühe ins Gesicht schlug — getan habe. Die Geschädigten reichten ihre Klage gegen den Brenner nun ein. — Verlassen der Arbeit wegen Beleidigung. In der Buchdruckerei Schm. stellte die Anlegerin H. die Arbeit ein, weil sie vom Maschinenmeister H. Mißgunst und Verachtung empfand. Die Firma verlangt von ihr einen Wochenlohn von 10,80 Mt., auf erlangenen Verfallsurteil hin erhebt die Beklagte Einspruch. — Eine Beschwerde beim Bezirksgericht wurde nicht geübt, da dieser sich um die Bezüge im Geschäft nicht kümmere und sie nur zum Geschäftsführer verweisen hätte, der verneint gewesen sei. Das Mädchen zieht auf Karaten des Gerichts, um weitere Kosten zu ersparen, den Einspruch zurück. Sie hätte sich erst an Herrn Schm. wenden müssen und erst dann, wenn ihr kein Schuß zuteil geworden wäre, hätte sie gehen können. — Was, du läßt mich? Schlafe noch mal, dann hast du eins in die Schnut! Mit dieser Redensart und mit einer drohenden Gebärde trat der Formerlehrer H. dem Werkmeister F. bei Sch. u. H. gegenüber, als dieser ihn wegen einer geschäftlichen Angelegenheit zur Rede stellte, ihm eine Geldstrafe ankündigte und schließlich noch eine Ohrfeige gegeben hatte. Gegen den im vierten Lehrjahre stehenden jungen Mann bringen die Fabrikanten allerlei Beschwerden vor, die mehrfach zu Aussprachen mit dem Vater geführt haben. Das neuerliche Vorgehen des Lehrlings veranlaßte die Firma ihn sofort zu entlassen. Nun ist im Lehrvertrag vereinbart, daß von dem Stundenlohn der Lehrling 25 Prozent einbehalten und zinstragend angelegt werden. Findet eine vorherige Entlassung statt, verfällt die Summe dem Lehrherrn. Sie ist auch dann verfallen, wenn der Ausstritt wegen Wechsels des Gewerbes stattfindet. Die Unternehmer behaupten, das verfallene Geld werde wieder zugunsten der Arbeiter verwendet, obwohl sie frei darüber verfügen könnten. Nur wenn die einbehaltene Summe 240 Mt. übersteigen sollte, würde das Ueberbleibende ausgezahlt. Der Vater des Lehrlings verlangt 188 Mt. Er behauptet, sein Junge sei mißhandelt worden. Der Werkmeister, der übrigens als solcher nicht vorgelassen sei, habe kein Recht, zu schlagen. Gegen den Vorwurf des neuen Meisters, der Lehrling habe nichts gelernt, wehrt sich der Vater damit, daß sein Sohn bereits 4 Wochen als Gehilfe zur Zufriedenheit arbeite. Die Klage wird mit 6 Mt. Kosten abgewiesen. Da die Entlassung, die schon früher angebrocht ist, auf Grund des Lehrvertrages mit Recht erfolgt

ist. In diesem sei ein gewisses väterliches Züchtigungsrecht vorgezogen.

Das **Schwurgericht** wird sich in der Ende Oktober beginnenden Periode mit folgenden Fällen zu beschäftigen haben: Montag, 27. Okt., gegen den Arbeiter Josef Strohl von hier, wegen Körperverletzung mit tödlichem Erfolg. Dienstag, 28. Okt., gegen den Schlosser Christian Ferdinand Langbehn zu Holtendorf, wegen Verbrechen gegen § 229 des St.-G.-B. (Vergiftung). Freitag, 31. Okt., gegen 1. den Arbeiter Asmus Johann Heinrich Weich aus Hüttenfelde und den Arbeiter Joachim Johann Heinrich Groth aus Mendorf, wegen Minderbetrugs, 2. gegen den Schlachter Hermann Johann Wilhelm Jakob aus Westerbe wegen Verbrechen der räuberischen Erpressung und 3. gegen die Ehefrau Anna Marie Dorothea Erb geb. Trense und die Bedienstete Gerhardine Dora Karoline Klara Plath geb. Vogt von hier wegen Abtreibung bzw. Beihilfe.

Ausgewählte Krankheitsfälle wurden dem hiesigen Medizinalamt im Monat September in 67 Fällen gemeldet. Davon betrafen 31 Fälle (davon 1 tödlich verlaufen) Scharlach, 24 (4 tödlich) Diphtherie, 8 Masern, 3 Typhus und 1 Granulose.

Aufgehoben wurde vom Hauptzollamt das Salzsteueramt in Siems.

Ein **Verbrechen**, das vor den Toren Lübecks verübt worden ist, beschäftigt gestern das Schwurgericht in Altona. Angeklagt war der 30jährige Arbeiter Joh. H. aus Lübeck, der beschuldigt wird, am 6. Juli d. J. auf der Chaussee zwischen Krummsee und Hof Niemark bei Lübeck die polnische Schneiderin Zygnyl vergewaltigt zu haben. Der Angeklagte hat 2 1/2 Jahre der Schutztruppe in Deutsch-Südwestafrika angehört und sich immer sehr gut geführt. Er bezog seit seiner Entlassung eine Invalidenrente, die ihm in diesem Jahre nicht wieder zuerkannt wurde, da er jetzt als völlig erwerbsfähig von der Militärbehörde erklärt ist. Wegen Gefährdung der Sittlichkeit wurde auf Antrag des Staatsanwalts Dr. Spikner die Öffentlichkeit für die Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Als Sachverständiger war Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Reichardt geladen. Der Angeklagte wurde auf Grund des Wahrspruches des Geschworenen freigesprochen.

pb. **Verhaftungen**. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Stellschagen, der am Sonntag, dem 28. vor. Mtz., einem Arbeiter aus Schönberg ein Portemonnaie mit 5 Mt. gestohlen hat und zwei Arbeiter, die sich in der Nacht vom 5. bis 6. d. Mtz. in Sierstraße der schweren Körperverletzung schuldig gemacht haben, indem sie drei junge Männer auf einem Tanzboden durch Messerliche verletzten. Einer der Verletzten mußte dem hiesigen Allgemeinen Krankenhaus zugeführt werden.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Wie schon mitgeteilt, findet in dieser Woche die erste Mittwoch-Vorstellung zu kleinen Preisen statt. Zur Aufführung gelangt „Preciosa“ mit der Musik von Karl Maria von Weber. Die darin vorkommenden Tänze sind von der Balletmeisterin M. de Koos sorgfältig einstudiert worden. Am Freitag, dem 10. Oktober, gelangt zur Verdi-Feier, aus Anlaß seines 100jährigen Geburtstag, „Der Troubadour“ zur Aufführung. Dieses Werk ist vollkommen neu einstudiert. Die neue Altistin Fräulein Gertrud Meißner wird sich darin als Azucena dem geehrten Publikum zum ersten Male in einer größeren Partie vorstellen. Um Italiens größten Komponisten noch ganz besonders zu ehren, geht im Laufe dieser Spielzeit das grandiose Werk „Falstaff“ in Szene, das in Lübeck noch nie gehört worden ist. Die „Troubadour“-Aufführung findet bei festlich erleuchtetem Hause statt.

Sänglingsfürsorgestelle 1. Die nächste Sprechstunde findet am Mittwoch von 2 bis 3 1/2 Uhr nachmittags Rahlhorststraße 31/33 statt.

e. **Strafverfahren**. Diebstahl. Ein Malergehilfe aus Königsdorf hieß ein Paar neue Schmuckstücke am Sonntag mittag mitgehen. Er wollte ein Paar beim Schuhmachermeister Zeel-Marienthal kaufen, stopfte dies Paar in den Rucksack und verschwand. Der Stiefelmacher wurde jedoch gleich darauf in „Drei Kronen“ ermittelt, die Schuhe wieder dem Eigentümer zugestellt und er in Nummer Sicher gebracht.

!] **Kiel**. Reaktionärer Geist in der Schleswig-Holsteinischen Schulpolitik. Die Regierung in Schleswig, Abteilung für Schulpolitik, hat wieder einmal das Bedürfnis gehabt, vor aller Welt ihre reaktionäre Gesinnung herauszutreten. Sie hat der sozialdemokratischen Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung der Theaterkritiker abgetrieben. Dieser Theaterkritiker der Volkszeitung war ein literarisch und musikalisch hochgebildeter Volksschullehrer, der schon fünf Jahre lang für die Volkszeitung die Theaterkritiken geschrieben hat und sich durch seine streng sachlichen und gerechten, dazu von hohem, künstlerischen Verständnis zeugenden Kritiken bei Publikum und Künstlern großes Ansehen verschafft hat. Der Regierungspräsident in Schleswig hat dem Manne jetzt aufgegeben, seine Arbeit als Kritiker sofort einzustellen, weil er diese nebenamtliche Tätigkeit gewerbmäßig ohne behördliche Genehmigung ausgeübt habe. Das ganze gegen den Lehrer eingeleitete Verfahren zeigt aber deutlich, daß es nicht die nebenamtliche Tätigkeit an sich ist, die der Regierung Verdruß bereitet, sondern die Tatsache, daß die Theaterkritiken für die sozialdemokratische Zeitung geschrieben werden. Dabei hat sich der Lehrer Rathmann, so heißt der Kritiker, bei seinen Arbeiten nur von künstlerischen Gesichtspunkten leiten lassen; die Redaktion hat nie den leisesten Versuch gemacht, ihn bei seinen Arbeiten politisch zu beeinflussen, hat nur Objektivität und Ehrlichkeit von ihm verlangt. Aber die Regierung in Schleswig sieht schon ein Verbrechen darin, wenn ein Lehrer sozialdemokratisch gesinnten Arbeitern in ihrer Presse Verständnis und Freundschaft an der Kunst vermitteln will.

Sagenow. Feuersbrunst. In der Nacht zum Sonntag gegen 3 Uhr brach in dem benachbarten Dorfe Diez bei dem Erbpächter Schulzen Lübbe Feuer aus. Es vernichtete alle Baulichkeiten der Erbpachtstelle; sämtliche Vieh kam in den Flammen um, der Besitzer trug dem Vernehmen nach beim Retten sehr arge Brandwunden am Körper, namentlich im Gesicht, davon. Einem anderen ebenfalls beim Retten Beschäftigten wurden mehrere Finger gequetscht. Das Feuer konnte mangels ausreichender Löschmittel leider nicht auf seinen Herd beschränkt werden. In der Nähe lagen noch drei Erbpachtstellen, auf die das Feuer übergesprang und sie sämtlich vernichtete. Wie man hört, wurde das Vieh meistens gerettet. Drei von den Erbpachtstellen trugen Strohdächer, eine Steinbedachung. Die Entstehungsurache des Brandes ist bisher nicht ermittelt worden.

Aus der Jugendbewegung.

Früchte der patriotischen Erziehung. Der Jungdeutschlandbund will den „verwahrlosten“ und „entmenschlichten“ Tendenzen der proletarischen Jugendbewegung ein Paroli bieten. Statt dessen ist gerade die Art, wie der Jungdeutschlandbund die Köpfe der jungen Leute mit Phantasien erfüllt, geeignet, seine Anhänger auf Abwege zu führen. So sind letzte Tage einer Firma in Düsseldorf zwei bei ihr beschäf-

tigte Jungdeutschlandbündler, deren einer Charakterter unter Mitnahme von 2000 Mark durchgebrannt. Die jungen Leute wollten vermutlich das, was ihnen der Jungdeutschlandbund eingeprägt hat, einmal auf eigene Faust in die Tat umsetzen.

Standesamtliche Nachrichten

vom 28. September bis 4. Oktober 1913.

Eheltiche Geburten.

a) **K n a b e n**: (Name und Beruf des Vaters).
23. September. Tischler F. H. C. Frahm, Träger W. F. H. Grube, 25. Zimmermann F. J. C. Memmert, Maurer W. H. C. M. Wegener, 26. Arbeiter W. R. A. C. W. Müller, Maurer E. W. H. H. Busch, Kaufmann R. A. C. L. Neels, 27. Lagerhalter R. R. L. König, 28. Arbeiter F. J. H. Bethien.
1. Oktober. Arbeiter B. H. J. Bende, Arbeiter F. J. O. Kubrau, 2. Geschäftsführer E. H. Hinrichs.

b) **M ä d c h e n**: (Name und Beruf des Vaters).
24. September. Arbeiter H. W. B. Blöke, 25. Schnelbacher W. A. Hiesemer, 26. Chauffeur H. Volkhardt, 27. Straßenbahnwagenführer F. A. A. Benthien, Arbeiter E. H. F. Erdmann, 28. Schlosser H. H. Minde, Schneider K. H. C. Brincker, Gärtner F. H. F. Dertien, Arbeiter G. C. C. Knorr, Steuermann F. A. A. Müller, 29. Straßenbahn-Schaffner H. C. W. F. Deutch, Telegraphen-Vorarbeiter W. F. F. Buttmester, 30. Meister E. W. A. Mbrecht, Arbeiter F. H. C. Dörroge, Arbeiter F. H. H. Wesemann.
1. Oktober. 1. Plattenleger C. R. Sichert, Feizer G. J. W. Vollmann, Handlungsgehilfe D. H. B. Strund, Arbeiter H. C. B. Rieckhof, 2. Telegraphenarbeiter A. Macht, 3. Klempnergehilfe H. W. Hüper, Segelmacher F. J. F. Graack, 4. Schmied A. H. W. Felten.

Angedordnete Aufgebote.

29. September. Geschäftsreisender W. F. J. Krüger und A. A. E. F. Hüchardt, Arbeiter F. J. F. Prahl und M. R. W. Müller, Viehkommissionär R. Kasnuffen und A. R. M. J. Fabbs, Schriftleger D. R. H. Teudt und E. M. K. Schlichter, Lokomotivbeizer P. H. C. Benett und M. R. S. Könpage in Niederbüffel, Operettenlänger F. Knüpper und C. Heintzmann, Sergeant A. F. W. Wegner und C. M. Hinzmann in Besh, Telegraphen-Vorarbeiter F. A. Pape in Hamburg und F. M. H. C. Schlutom in Brunsbüttel, Zimmerergeselle C. J. F. Dahlmann in Neuhof und C. R. Thomas in Hamburg, 30. Molkereigehilfe A. E. Spies und M. A. L. Andrae in Rahlhorst, Arbeiter W. A. H. Hendrick in Hamburg und C. A. Chr. Lübbert, Lagermeister W. G. Green und M. M. L. Kahl, Telegraphenarbeiter M. R. R. Käfelau und F. A. D. Garling, Kutscher K. F. W. Meyer und M. R. C. Koop.
1. Oktober: 1. Fuhrwerksbesitzer F. B. Gemann und M. D. Lenker, Elektromonteur W. B. Chr. Müller und B. M. R. Lund, Lehrer H. G. W. Kleibömer in Konstantinopel und H. W. D. Brandes, Schlachtergeselle M. C. B. Würzgam und M. D. L. Drewes, Straßenbahnschaffner H. J. F. Kelling und A. F. A. Kriese in Duntelsdorf, Schiffskapitän F. Th. D. Harns und Chr. F. Thomsen, beide in Kiel, Buchhalter K. W. Beyer in Brüssel und M. M. H. Sauerblum in Schaerbeck, 2. Buchhalter H. J. H. Otto und C. M. C. Freitag in Walsdorf, Holländer K. H. F. W. Kesch in Wahren und C. Barkmann, Kaufmann F. M. A. Meyer und A. C. C. Hennings in Hamburg, Mechaniker L. Th. Busch in Hamburg und C. W. C. Langfeldt, Arbeiter W. H. J. K. Schlichting und B. J. M. L. Schaper, 3. Dreher H. J. Coers und G. L. L. Koop, Kunst- und Bauischlossermeister B. G. W. Haberland in Hamburg und D. W. Hüper, Maschinenkloster K. G. M. Glöckner und M. H. C. Köster, Bräupateur F. M. Schreiber und M. G. Otto in Darmstadt, 4. Eisendreher B. M. A. Grube und B. M. M. Thode, Schneidergeselle J. D. Fintke und M. R. Chr. Sension, Viehhändler A. F. Chr. Hoffmann und B. C. Maass, beide in Schönböden, Arbeiter K. J. Chr. Körner und C. M. D. Niemann, Schlachtermeister G. H. A. Wulff in Segeberg und C. E. H. Wulff, Schmied H. L. A. K. Wulff und A. M. D. Böttcher in Breesen, Molkereigehilfe W. J. F. Caven und D. M. Leve, beide in Garding.

Eheschließungen.

30. September. Arbeiter F. J. D. Carsten und G. Klein geb. Schröder, Obermaschinenmeister F. L. H. Bach in Kiel und A. B. M. Stuckenborg, Wirtschaftler H. F. F. Burmeister und C. M. M. Wendt in Nüssau.
1. Oktober. Gärtnergehilfe F. F. C. L. Cordes und R. M. B. Jensen, Handlungsgehilfe L. H. J. Peters in Hamburg und K. F. M. Kohrs, 2. Arbeiter F. F. F. Maas und F. Th. H. Cartobius, beide in Cleverbrück, Schiffskapitän S. Schnoor und A. J. Ch. Küllen, 4. Geschäftsführer K. W. A. Hamann und S. W. Ch. Hinich, Schlossergeselle R. A. L. Maack und M. M. W. Schwanz, Postbote J. H. A. Paack in Hamburg und F. A. A. W. Lindenberg, Steuermann C. R. W. Fuß und F. G. F. Warneyer, Handlungsgehilfe H. G. W. R. Friedrich und A. G. Kruse, Waufrührer F. H. M. Meyer in Wanne und B. M. C. Brandt, Tischlermeister K. H. C. Rosenquitt und A. F. Kulp, Bureaugehilfe K. H. H. Schwieger und M. R. L. Niebuhr, Kürschner K. Storch und F. F. D. Schmidt, Arbeiter F. H. D. Kähler und K. M. S. Will, Schneidergeselle J. Schmitt und B. M. F. W. Koblenz geb. Arndt, Syndikus der Handelskammer Dr. phil. H. W. J. Senholdt in Weimar und Ch. M. R. Frein von Rütgendorf-Leinburg, Arbeiter K. G. F. Baermann und J. A. M. Sager, Zimmermann B. H. C. Schwiner und A. S. C. Braack, Lehrer C. H. M. W. R. Carstens und M. A. J. Ch. Borgstädt, Packer M. F. W. Schulz und Ch. C. M. Sellmann, Schachtarbeiter F. C. H. Roderberg und B. A. M. Steienbühr, Kellner C. F. Ch. Schlichting und D. C. Sommerfeld, Arbeiter A. H. F. Böttcher und M. M. C. Steinfeld, Schlossergeselle C. D. R. Gammellen und J. A. L. Krenscheldt.

Sterbefälle.

27. September. Schneider H. C. Ramlah, 23 J. 28. Ein Knabe, 1 1/2 Stunden alt, M. Arbeiter F. J. D. Bethien, Anlegerin A. M. F. Jöck, 27 J. Arbeiter F. J. H. Krieger, 53 J. C. L. C. geb. Diebel, Witwe des Mechanikers A. C. Ehrlich, 61 J. 29. C. D. geb. Wittmann, Witwe des Privatmanns J. J. F. Wöhlert, 86 J. W. Th. Krüger, 11 Mt. A. F. Hinz, 11 J. (Fwendorf), 30. Malermeister F. H. L. Wulff, 68 J. Arbeiter H. J. C. Ralshorst, 80 J. Privatmann F. H. Chr. Arst, 69 J. Gärtner G. F. A. Richter, 25 J.
1. Oktober. Privatmann J. Chr. A. W. Homfeldt, 64 J. C. M. Wied, 8 Mt. (Seide i. S.) 2. R. G. W. Groth, 8 Mt. Ein totgeborener Knabe, W.; Geschäftsführer E. H. Hinrichs, 3. Konventualin des St. Johannis-Jungfrauenklosters A. M. C. Jimmertal, 76 J. Zugführer a. D. H. C. F. Schröder, 70 J. C. D. C. geb. Hienhagen, Witwe des Ober-Armenaufsehers J. F. A. Udem, 80 J. 4. Landmann W. C. Müller, 27 J.

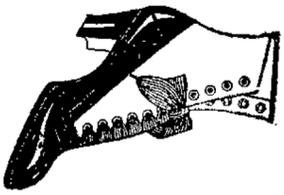
Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“

und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten Inhalt Johannes Stellung, Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

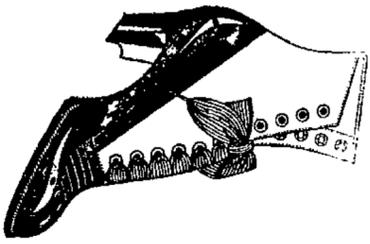
Schuhwarenhaus

Auguste Popp

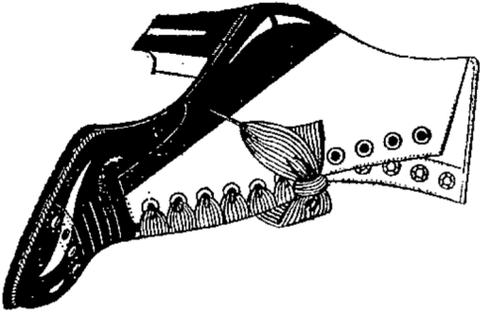
Breite Straße 7.



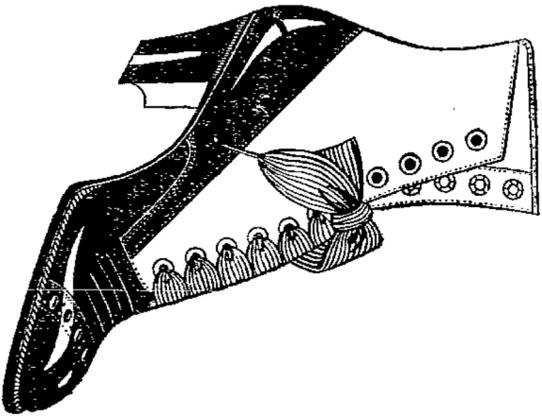
1906—07



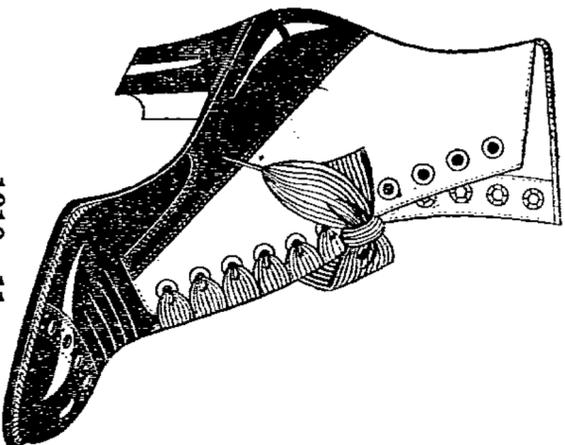
1907—08



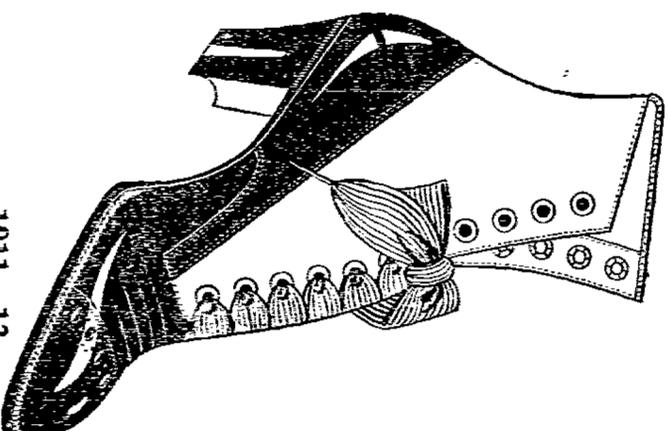
1908—09



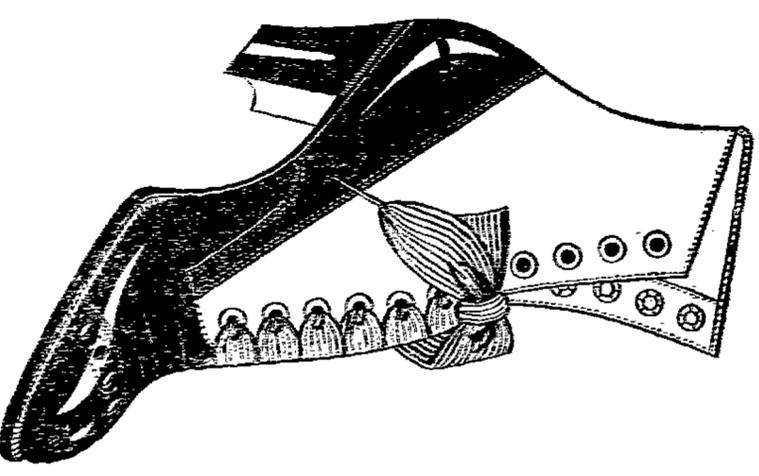
1909—10



1910—11



1911—12



1912—13

Die nebenstehenden Abbildungen veranschaulichen das überraschende Aufstreben und Wachsen der Firma in der kurzen Zeit des Bestehens und sind der beste Beweis für die

Leistungsfähigkeit

derselben. — Ich benutze diesen Anlaß gerne, meinen werten Kunden für das mir in so reichem Maße entgegengebrachte Wohlwollen und Vertrauen bestens zu danken und bitte, mir dasselbe auch weiterhin in meinem eigenen Hause, wie bisher **Breite Strasse 7**, zu erhalten.

Zur bevorstehenden Wintersaison empfehle ich meine auf das reichhaltigste und sorgfältigste sortierten Läger in **bestbewährten erstklassigen Fabrikaten** zu bekannt billigen Preisen.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 6. Oktober.

Die Sitzung wird um 6 Uhr 25 Min. eröffnet. Der Vorsitzende Dr. Görz gibt ein Schreiben des Senats bekannt, nach dem dieser beschlossen habe, die Amtstracht wieder einzuführen. Bereits in den Jahren 1813, 1823, 1841, 1861, 1887 und 1899 sei die Wiedereinführung der Amtstracht angeregt worden. Sie soll dem Ratsherrnkleid um die Wende des 18. Jahrhunderts angepaßt werden. Dann wird über die offizielle Lübecker Jahrbuchfeier einige Aufklärungen gegeben; u. a. soll eine Theateraufführung stattfinden, zu der die Bürgerschaft eingeladen wird, doch muß jedes Mitglied den Platz aus der eigenen Tasche bezahlen. — Die Puppenbrückenvorlage wird wegen Abwesenheit des Baudirektors Dr. Rehder von der Tagesordnung abgesetzt. Was bemängelt die letztere Bekanntgabe. So wichtige Gegenstände dürften nicht ohne vorherige Mitteilung plötzlich von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Der Senat stellt eine neue Vorlage betr. die Fahrverbundung Travemündes mit dem Brimwall in Aussicht. — In der Frage des Realkredits, des Taxamts, der Verpfändung der Mieten hat der Senat eine Kommission zur Prüfung eingesetzt. Es werden verschiedene Zusagen gemacht resp. das Eintreten beim Bundesrat für Änderung der entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen in Aussicht gestellt. In die Kommission zur Vorprüfung der Senatsvorlage betr. Ausbau des Töpferwegs werden gewählt: Dräger, Heintzohn jr., Aug. Pape, Peter Pape, Schöb, Gesandten: Dr. Wenda und Cwite.

1. Antrag: Einführung der Schulpflicht für Schwachbefähigte und Errichtung einer zweiten Hilfsschule.

Dr. Schlomer: Es besteht anscheinend keine große Lust, diese Frage noch einmal zu erörtern. Unser Standpunkt steht sich mit der Senatsvorlage, die in erster Lesung eine Niederlage erlitten hat. Es wäre wünschenswert, wenn Sie von Ihrem Standpunkt abgehen und dem Senatsantrag zustimmen würden. Besonders bekämpft wurde das der Oberschulbehörde zugestandene Recht, einen Zwang ausüben zu können. Im Interesse der Kinder und der Eltern ist ein solcher Zwang notwendig. Nur dann, wenn sie der Hilfsschule zugeführt werden, können die schwachbefähigten Kinder so weit gefördert werden, daß sie einigermaßen im Berufsleben weiter kommen. Man fürchtet auch größere finanzielle Aufwendungen und daß aus dem Provisorium ein Definitivum werden müßte. Diese Gründe sind nicht stichhaltig. Es wurde auch auf den großen Prozentsatz hilfsschulpflichtiger Kinder in Lübeck im Vergleich zu anderen Städten hingewiesen. Wenn Volks- und Mittelschulen verrechnet werden, ist er nicht zu groß. Ein lebenswerter Artikel im Generalanzeiger bringt weitere Vergleiche hierüber, die nicht zu ungünstig für Lübeck sprechen. Der Senat hat auf die Abneigung großer Städte hingewiesen, die sich der Kosten wegen scheuen, die Kinder in Hilfsschulen unterzubringen. Wird die Hilfsschulpflicht als notwendig erkannt, so darf man sich nicht dagegen verschließen. Wenn die Hamburger Verhältnisse richtig erwohnen werden, kommt ein größerer Prozentsatz schwachbefähigter Kinder heraus als hier. Wir brauchen für Lübeck aber nicht daraus zu folgern, daß hier ebenso wenig für die Kinder getan werden soll wie dort. Der Streit dreht sich auch darum, ob eine Filiale oder ein Provisorium errichtet werden soll. Wir sind der Überzeugung, daß es besser ist, zwei kleine Schulen zu errichten, als eine Zentralschule. Der Nachteil einer Zentralschule wird durch eine Filiale noch vergrößert. Die Bedenken gegen die Errichtung des Provisoriums im alten Bahnhof

sind widerlegt. Hygienische Bedenken sind so wenig vorhanden wie Einwände gegen eine Filiale in der Petrischule. Für den ablehnenden Standpunkt können sie nicht ins Gewicht fallen. Treten Sie der Senatsvorlage bei. — Redner stellt den Antrag auf Wiederherstellung dieser Vorlage.

Dr. Wenda: Es handelt sich um keine prinzipielle Gegnerschaft gegen den Zwang, sondern darum, das Provisorium so lange aufzuschieben, bis völlige Klarheit geschaffen ist. In einigen Jahren ist man so weit, daß ein definitiver gesunder Zustand geschaffen werden kann. Deshalb wollen wir die Kosten vorläufig noch sparen. Die Finanzlage gestattet weitere Ausgaben jetzt nicht. Gegner der Vorlage an sich ist niemand.

Senator Kulenkamp verteidigt die Senatsvorlage und erachtet um Annahme des Antrags Dr. Schlomer.

Schlomer: Wenn Dr. Schlomer alles in dem angezogenen Artikel im „S. A.“ verteidigen wollte, müßte ich ihm in manchen Punkten sehr scharf entgegenreten. Ich habe nur die vom Senat angeführten Zahlen zum Verhältnis anderer Städte angeführt, und da ergab sich ein Bild zumungunsten Lübecks. Nur zwei Städte, Hagen i. W. und Zwickau ergaben dasselbe Bild wie in Lübeck, monach in Städten von annähernd 100 000 Einwohnern 300 Hilfsschüler vorhanden sind. Wenn wir 328 Hilfsschulpflichtige herausuchen, gehen wir weiter als alle anderen Städte. Wir müssen langsam vorgehen und nur die notwendigsten Fälle herausgreifen, so kommen wir ohne Provisorium noch einige Jahre aus. Die Oberschulbehörde beabsichtigt auch, die Hilfsschüler im Realschulgebäude unterzubringen. Das würde zu unliebsamen Zuständen führen. Abgesehen soll sich die Zahl der Schwachbefähigten auf 200 verringert haben, und Ostern um weitere 30 abnehmen.

Senator Kulenkamp: Es kommt vor allem auf die Grundsätze an, die in den verschiedenen Städten für die Hilfsschulpflicht vorherrschend sind, wenn man einen Vergleich ziehen will. Die werden überall verschieden sein. Eine Prüfung der Oberschulbehörde hat nur die notwendigsten Fälle erfasst.

Der Antrag erster Lesung (Ablehnung des Provisoriums) wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

2. Antrag: Errichtung einer realgymnasialen Studienanstalt an der Ernestinenschule.

Stellung: Es fragt sich, ob es angesichts der gegenwärtigen Finanzverhältnisse angebracht ist, neue Aufwendungen für solche Zwecke zu machen und unter den obwaltenden Umständen eine Studienanstalt zu errichten. Ich kann mich im allgemeinen dem Hinweis des Berichtes anschließen, daß unser Schulwesen in mancher Beziehung unzulänglich ist. Jedoch bezieht sich das nicht in erster Linie auf die Töchter reicher Eltern. Unser Schulwesen ist unzulänglich. Alles das, was in dem Bericht des Leiters der Ernestinenschule angeführt wird, trifft nicht zum wenigsten auf die Kinder armer Eltern zu. Der Bildungshunger und -drang ist nicht nur bei den Bessersituierten vorhanden, sondern viel mehr in den unteren Volksschichten. Es ist deshalb ratsam, einmal die Frage zu prüfen, wie es Kindern armer Eltern möglich gemacht werden kann, auch teilzunehmen an höheren Schulwesen. Daran hat niemand gedacht, man hat sich lediglich darauf beschränkt, inwieweit diese neue Einrichtung zweckmäßig ist für die Bessersituierten. Lübeck ist finanziell schwer belastet, wir müssen es uns deshalb überlegen, ob die Vorlage angebracht ist. Dr. Wenda hat eben darauf hingewiesen, daß wir sparen müssen, wo wir nur können. Hier ist Gelegenheit dazu. Senat und Oberschulbehörde stellen die Kosten als nicht erheblich dar, sie werden sich aber wesentlich höher gestalten, als man angenommen hat. Man darf nicht vergessen, daß unser Johanneum an Schülernmangel leidet. Mir ist

bekannt, daß beim Weggang der Mädchen dort einige Klassen sehr wenig Schüler aufweisen werden. Man könnte also ruhig die Mädchen dem Johanneum in erhöhterem Maße überweisen und braucht dann vorläufig keine Studienanstalt. Wir könnten dann mit lehterer noch einige Jahre warten, bis sich die Finanzverhältnisse günstiger gestaltet haben. Wenn keine Kommissionsberatung beschlossen wird, werden wir der Vorlage nicht zustimmen.

Senator Kulenkamp weist den Vorwurf der Unzulänglichkeit unseres Schulwesens zurück. Auch der Volksschulwesen stehe durchaus auf der Höhe. Es sei mit Sicherheit anzunehmen, daß sich die finanziellen Verhältnisse der Studienanstalt günstiger gestalten werden. Im Johanneum seien nur wenige Mädchen.

Dr. Ziehl erkennt die Notwendigkeit der Vorlage an, doch billigt er nicht die Tendenz derselben. Indem man den Frauen immer weitere Möglichkeiten schaffe, ins Berufsleben einzutreten, trage man dazu bei, die Männer aus zahlreichen Stellungen zu verdrängen. Es sei unheimlich, wie viele Leute an den Universitäten studierten. Das Gelehrtenproletariat werde durch die studierenden Frauen noch vermehrt. Ein solches Gelehrtenproletariat sei für den Staat nicht von Vorteil. Sogar der Münchener Schulrat Kerscheksteiner habe darauf hingewiesen. Der Geburtenrückgang beruhe auch einestheils auf der Frauenemanzipation. Es müsse auch einmal die Zeit kommen, in der man zur Einsicht gelange, daß sich die übertriebene Durchziehung des Individualismus nicht verwirklichen lasse. Als Kleinstaat müsse Lübeck leider mitmachen, was die großen Nachbarn tun. Deshalb trete er für die Vorlage ein. Die Gründe der Oberschulbehörde seien berechtigt, es müsse aber noch Aufklärung erfolgen, ob der preussische Kultusminister auch die Berechtigung der Abgangszeugnisse anerkenne. Er befürchte später eintretende Schwierigkeiten und wünscht eventuell kommissarische Beratung.

Senator Kulenkamp: Mit Preußen hätten Verhandlungen zwar nicht stattgefunden, doch sei kein Zweifel, daß die Anstalt Anerkennung in Preußen finden werde.

Stellung: Daß Dr. Ziehl ein Gegner der Frauenemanzipation ist, ist uns bekannt. Wir brauchen uns diesbezüglich mit ihm nicht zu unterhalten. Die Entwicklung drängt aber dazu, den Frauen Gelegenheit zur Weiterbildung zu verschaffen, selbst wenn sie Berufe ergreifen, die jetzt noch den Männern vorbehalten sind. Wir können uns der Entwicklung nicht entgegenstellen. Nicht richtig ist die Auffassung, daß wir eine Anstalt errichten müssen, weil Preußen es auch tut. Wohin sollen wir als Kleinstaat kommen, wenn wir alles nachmachen müßten, was in Preußen eingerichtet wird. Da wären wir bald am Ende des Lateins. Wir haben verhältnismäßig viele höhere Lehranstalten. Lübeck hat aber nicht die Schülerzahl, die notwendig ist, um sie zu erhalten. Das sehen wir an den Johanneumklassen, die äußerst minimale Schülerzahlen aufweisen. Da müssen wir uns hüten, jetzt eine neue Anstalt zu errichten. Der Senat erwähnte, daß unsere Volksschulen nicht schlecht seien. Für die Fortentwicklung der unteren Volksschichten ist aber nichts getan worden, was getan werden mußte. Sie haben die Freischulen aufgehoben, das darf nicht vergessen werden. Auch in anderer Richtung wurde kein Fortschritt erzielt. Die Vergrößerung der Schulsysteme ist in meinen Augen so wenig wie in denjenigen der Pädagogen ein Fortschritt. Sie haben nichts getan, was den Kindern des Proletariats zugute kommt. Für die Schüler höherer Lehranstalten wird der zehnfache Betrag desjenigen aus Staatsmitteln aufgewendet was für die Volksschüler getan wird. Dann müssen Sie auch unsern Wunsch Rechnung tragen und für unsere Schüler etwas aufwenden. Wenn Dr. Ziehl der Vorlage einmal zustimmen und dann wieder nicht zustimmen kann, dann wäre es doch

Der Baldamus und seine Streiche.

Von Oskar Wöhrle.

(5. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Weil meine Kleider abgebraucht waren, ging Thiel mit mir zu einem seiner früheren Angestellten, der jetzt Leiter einer großen Firma war. Diesen fragte er um abgelegte Sachen. Der Herr bestellte mich auf den nächsten Tag in seine Wohnung. Als ich kam, hatte er noch nichts gerüht und trug mir auf, eine Stunde später vorzusprechen. Ich schellte, ein junges Mädchen ließ mich eintreten, wahrscheinlich wußte es schon, was ich wollte. Ich zog die Augenbrauen nicht wenig hoch; eine solch vornehme Einrichtung hatte ich noch nirgends gesehen. Statt der Türen hingen überall keine Teppiche, die Möbel glänzten, daß es nur so eine Pracht war. Als Madame selber kam, war ich wie verheert und trante kaum noch zu schnaufen, so schön und geschmeidig war sie. Alle Kästen und Kommoden schloß sie auf und suchte passende Sachen für mich heraus. Zuerst einen Stoß Wäsche, weiß wie der Schnee. Diese sollte ich anprobieren. Ich wollte den Kittel nicht ausziehen; ich war ja ohne Hemd, schämte mich aber, das zu sagen. Madame brachte es doch aus mir heraus und machte ein ganz mitteilendes Gesicht. Der Bad, den ich mitbekam, war so groß, daß ich ihn kaum tragen konnte. Ich bedankte mich recht schön. Sie gab mir die Hand und sagte: „Wenn ich jetzt in Not und Elend wäre, würden Sie auch lieb und gut zu mir sein?“ Ich war erschrocken, wie ernsthaft sie das sprach. Mich selber würgte es im Hals, als ich „ja, ja“ zur Antwort gab. Sie kehrte sich in der Tür rasch um und erwiderte: „Ich glaube Ihnen!“ Name und Wohnort dieser Frau habe ich gewußt; aber später bei meinem unruhigen Leben schnell vergessen. Doch in stillen Stunden muß ich oft an sie denken, erst da ist mir ihre Rede recht klar geworden. Sie war nicht die Frau jenes Mannes, sondern seine Geliebte. Hat er sie später im Elend gelassen, und gehört sie jetzt zu den vielen, vielen, den Namenlosen, den Ausgestoßenen? Oder ist das Leben barmherzig gewesen und hat sie im Glück sterben lassen? Ich weiß es nicht. Aber das weiß ich: sie war ein Mensch, mit einem guten, überquellenden Gebeherzen. Mag die Welt sie im verfluchten Hure heißen, oder offen Matresse, mir nimmt niemand die Meinung, die ich von ihr habe.

Mit den frischen Kleidern konnte ich mich überall zeigen. In meiner freien Zeit half ich Thiel bei seinen Muschelarbeiten. Nachts rief ich vier Stunden lang Tanzmusik herunter und ging dann schlafen, bald hierhin, bald dorthin. Oftmals wurde ich von Frauenspersonen angesprochen. Die meisten waren alt, eckig, häßlich, verschminkt und hingen sich an mich, wie die Ketten. Ich konnte zu keiner groß sein, die armen Menschen dauerten mich. Wenn ich übriges Geld besaß, gab ichs gern her. Aber manchmal hatte ich selber

teils; dann mühte ich kein anderes Mittel, als zu sagen, ich sei krank. Das half.

Auch den Eiffelturm sah ich mir an. Die vielen Denkmäler auf der Place de la Concorde und den Siegesbogen. Mit der Untergrundbahn war ich schnell an jedem Ort. Auch sonst sah ich viele Merkwürdigkeiten. So gab es an den belebtesten Straßen Hallen, in denen ein Phonograph den ganzen Tag dasselbe Lied spielte. Viele Leute standen umher, kauften sich das Lied gedruckt und sangen es so lange mit, bis sie die Melodie auswendig konnten. Auch ich blieb öfters stehen und brumnte mit großer Freude mit. Das Leben gefiel mir auf diese Art ganz gut. Aber bald verlor ich meinen Platz. Das ging so. An einem Abend hieß ich dem Kapellmeister, als er gegen mich frech und unanständig wurde, eine herunter, die nicht von schlechten Eltern war. Am anderen Morgen schickte er mir eine Karte, man wünsche meine Dienste nicht mehr in Anspruch zu nehmen. Auch Herr Thiel wurde merklich unfreundlich gegen mich. Ich sah, daß ich nur geduldet sei und ging nicht mehr hin.

Für mich begannen schlimme Zeiten. Die paar Centimes waren bald aufgebraucht. Ein junger Menschenmagen ist schlummer als ein Tier, läßt sich nicht mit Worten verdrängen, sondern will Wirklichkeiten. Es kam soweit, daß ich die Geige verkaufen mußte. Was ich dafür löste, hielt auch nicht lange vor, bald mußte ich nach neuen Quellen ausschauen. Sie und da fand ich Gelegenheitsarbeit, und war herzlich froh darüber. Hatte ich Geld, so übernachtete ich in der Heilsarmee oder in den caves à quatre sous. Diese lagen in der Rue de Faubourg St. Denis. Das Hebernachten kostete hier sechzehn Pfennige. Dafür wurde noch eine Suppe zugegeben, die ein Mittelstück zwischen Sautränke und Seinerwasser war. Schlafen konnte man auf Tischen und Bänken. War kein Platz mehr, mußte man mit dem Fußboden verlieb nehmen. Hier verkehrte das größte Gesindel. Gleich in der ersten Nacht wurden mir die Hosenträger vom Leibe weggestohlen. Hätte ich meine Mühe nicht vorjaglich in die Hosentasche gesteckt gehabt, wäre sie sicherlich auch verschunden. Es kam oft vor, daß Händel ausbrachen und die Polizei einschreiten mußte.

In der Heilsarmee ging es menschlicher zu. Hier waren wenigstens die Betten sauber. Auch da wurde viel gestohlen und die Waagen ließen einem keinen Augenblick Ruhe. Was hier verkehrte, galt in den Augen der Kellerschlaffer als Kapitalist. Der Eintritt betrug 30 Centimes, für manchen eine unerwünschte Summe.

In der Heilsarmee lernte ich einen Rostocker Advokatensohn kennen, der seinem Vater mit einigen hundert Mark durchgebrannt war und das Geld mit einer Weibsperson verpfändet hatte. Er schlug mir vor, mit ihm zusammen nach der Riviera zu wagen. Paris gefiel mir längst nicht mehr und ich sagte zu. Wir kamen bis nach Melun. Aber wie ich bald zeigte, der gute Rostocker war kein besonderes Fechtgenie. Und da dies auch meine schwache Seite war, mußten

wir beide Kohldampf schieben. Zudem verhaftete uns ein Geheimpolizist, der uns für Anarchisten hielt. Drei Stunden lang wurden wir von Pontius zu Pilatus geschleppt und dann erst freigelassen. Wir beide hatten die Nase voll und tippelten nach Paris zurück. Ein Chäffier, der in der Nähe eine Sauertraufabrik verwerkete, bezieht uns über Nacht. Zum Dank dafür stahl ihm der Rostocker die besten Schuhe. Als ich ihm vorhielt, er sei ein Schuft, sagte er ruhig: „Nur die bringen es etwas.“

In Paris hatte er einen guten Einfall. Er gab sich als stellenloser Kellner aus und bekam auf diese Weise in Cafés und Restaurationen ziemlich viel zusammen, dadurch wurde er freier und unternehmender. Zu seiner Ehre muß ich sagen, daß er manches mit mir teilte. Schließlich beschloßen wir nochmals, nach Nizza zu gehen; doch gingen wir diesmal schlauer an. Auf dem Bahnhof der Linie Paris-Nyon-Méditerranée kauften wir uns zwei Bahnsteigbilletts zu je zehn Centimes. Mit diesen passierten wir die Sperre und ließen in den Schnellzug, der abends um acht Uhr nach Marseille fährt. Der Zug stand noch in der Station, da kam schon ein Kontrolleur und sah die Biletts nach. Der Rostocker war nicht verlegen, sondern fragte ihn ganz ungeniert nach dem Abort. Der Beamte gab Auskunft und ich benutzte die Gelegenheit, an den besagten Ort zu verschwinden und mich einzuschließen. Raum war ich drin, klopfte der Rostocker und ich öffnete ihm. Erst nach einer Stunde gingen wir in ein Rupee und machten es uns bequem. Hier lernten wir einen Oberkellner kennen, der nach der Riviera fuhr. Der Rostocker pumpte ihn an. Es zog, er schloßte zwei Franken. Gegen Tag fuhr der Zug im Lyoner Bahnhof ein, wo er eine halbe Stunde Aufenthalt hatte.

Die meisten Reisenden stiegen aus und tranken an einem Staud Kaffee und aßen Brötchen. Je länger wir zusahen, desto stärker wurde unser Appetit. Bald standen wir auch dort und ließen es uns schmecken. Der Rostocker schanzte mir noch einige Brötchen zu und sagte, ich solle wieder ins Rupee und unsere Plätze belegen, derweil wolle er bezahlen. Wer aber nicht bezahlte und sich auf höchst raffinierte Weise drückte, war er. Wir fuhren weiter. Auf offener Straße hielt der Zug, irgend etwas war nicht in Ordnung. Bis alles ausgedehnt war, gabs zwei Stunden Verpätung. Gegen elf Uhr stiegen wir in Marseille aus. Doch wie hinauskommen? Überall standen an den Perronausgängen Beamte, denen man die Biletts abgeben mußte. Auch hier wußte der Rostocker Rat. Er ging mit mir zur Gepäckstelle und fragte ganz kühl und geschäftsmäßig, ob seine Koffer schon angekommen seien. Natürlich fand der Lademeister nichts, so viel er auch suchte. „Na,“ sagte der Rostocker, „dann komme ich halt später wieder“ und gab dem Mann 50 Centimes Trinkgeld. Der dankte vielmals. Wir zwei aber gingen zur anderen Türe hinaus und standen im Freien. Zwar hatten wir schwer Schiß gehabt, doch alles alles so gut abließ, mußten wir überlaut lachen. Wir humpelten umher und tranken bis und da einen Schoppen. (Fortsetzung folgt.)

Konsequenz von ihm, sie einfach abzulehnen. Entweder ist er dafür oder dagegen. Die Begründung spricht davon, daß der alte Zustand nicht beibehalten werden könne, wo Mädchen und Knaben im Johanneum beisammen seien. Die Eltern der Mädchen stoßen sich daran. Sie erhoffen durch Trennung eine größere Besucherzahl. In den Universitäten sitzen doch auch beide Teile zusammen. Es handelt sich doch um junge Leute, die nicht mehr in den Kinderstube stecken, die sich höheres Wissen aneignen wollen; da sollte man nicht so prüde sein. Es ist vorläufig besser, wir besetzen uns mit dem Gegenwärtigen. Geben Sie den jungen Leuten den Rat, das Johanneum zu besuchen, dann sparen wir uns Geld ohne uns etwas zu vergeben. (Bravo! bei den Soz.)

Hent (Bültwisch) erwähnt, daß 80 Schüler des Katharineums im Kino ein Stück ausgepiffen hätten. Bei der nächsten Feier könnten eventuell in einem Stablisement nationale und im anderen antinationale Stücke gegeben werden. Was dann werden soll!

Senator Dr. Kehlring kann keine Auskunft geben. Hauptlehrer Reimpell erkennt die Ausführungen Stelling, daß Bildung frei sein soll, an. Schon im Interesse des Staates müsse für die unteren Schichten etwas getan werden. Nicht befristeten könne er dessen Ausführungen über die neue Bildungsanstalt. Leider werde der Krebschaden, den unsere Frauenbewegung darstellt, erst in späterer Zeit erkannt werden; darin sei Herrn Dr. Ziehl nur beizustimmen.

Dr. Ziehl: Die geringe Zahl der Johanneumschüler, wie sie Herr Stelling anführt, beweist, daß die Minderheit von damals, als die Frage der Oberrealschule beraten wurde, jetzt in allem recht bekommt. Den Knaben, die neuere Sprachen studieren wollen, wurde bei Bewilligung der Oberrealschule eine höhere Studienanstalt empfohlen, und den Mädchen, die sich Latein aneignen möchten, wird es ebenso ergehen. Bald werden wir sehen, daß auch die Anstellung eines Lateinlehrers notwendig ist. Berechtig ist, daß der Staat größere Aufwendungen für die höheren Schulen macht, denn diese Schüler sind dann später auch die besseren Steuerzahler. Der Staat macht dabei ein ganz gutes Geschäft. Wenn Preußen die Studienanstalt nicht anerkennt, dann müssen wir auch noch ein Oberlyceum mit Frauenschulklassen errichten. Man hätte vorzuziehen sein müssen, wenn man eine Zwangslage vermeiden will.

Pastor Owers tritt für die Vorlage ein, wenn er auch nicht verkennen will, daß ein gelehrtes Frauenproletariat Schaden könnte. Darin erblicke er Dr. Ziehl bei. Wenn er auch nicht in allem Herrn Stelling recht geben könne, so müsse er ihm doch unbedingt darin beistimmen, daß ein Bildungsbestreben bei den Frauen aller Stände vorherrschend sei, auch in denjenigen, die der arbeitenden Klasse angehören. Herr Stelling habe die Vorlage kritisiert, weil nicht zugleich für die ärmeren Schichten etwas getan werde. Es wäre unrecht, deshalb die Vorlage fallen zu lassen. Die Kommission habe sehr wohl auch an die unteren Schichten gedacht und mit Bedauern ausgedrückt, daß keine Möglichkeit zur Ausbildung von Lehrerinnen bestehe. Eine gute Anstalt werde der Berechtigungsfrage keine Sorge machen. Es handelt sich hier um eine kulturelle Aufgabe, wie ich trotz der Einschränkungen, die ich im Anfang gemacht habe, betonen will.

Senator Kulekampi geht auf die Bedenken ein, die von den Vorrednern angeführt wurden, und sucht sie zu zerstreuen. Die Abgangszugnisse der Mädchen vom Johanneum hätten in Preußen Anerkennung gefunden, ohne daß vorher über die Zulassung der Mädchen Verhandlungen gepflogen wurden.

Dr. Gilberz erwähnt den anfänglich guten Besuch der Lehrerinnenbildungsanstalt, die 1902 85 Schülerinnen aufgewiesen habe, heute nur 75. Das bedeute einen Schulgeldeausfall von 1000 Mark. Die Kosten der Erreimandule seien durch den mangelhaften Besuch des Seminars verschuldet. Den Mädchen werde keine Möglichkeit zur Ergründung eines höheren Berufes geboten. Es sei auch erwiesen, daß 75 Proz. der Mädchen, die eine höhere Bildungsanstalt besuchen, den natürlichen Beruf der Frau ergreifen und in den Stand der Ehe treten. Sie vermehrten also nicht das gelehrte Frauenproletariat. Er empfiehlt die Vorlage.

Schulmerich glaubt, die Vereinigung der Freischulen mit den Volksschulen sei eine Forderung der sozialdemokratischen Fraktion. Die Aufhebung der Freischulen sei ganz richtig, nur darüber könne man geteilter Meinung sein, ob die Jahrgrenze richtig gesetzt sei. Darin sei eine Änderung notwendig. Die Kommission hätte die Entlastung des Schulgeldes an den Mittel- und höheren Schulen nicht erwägen können, da es nicht in ihren Rahmen gepaßt habe, doch habe der Bürgerausschuß eine Prüfung zugelegt.

Dr. Ziehl hofft, daß jeder keine Schwierigkeit mit der Anerkennung in Preußen eintritt. Hamburg könne nicht verschlafen werden, denn dort sei eine private Frauenanstalt vorhanden, und auf eine solche lege der preussische Kultusminister Wert. Vielleicht müsse die Bürgererschaft diese später nachbewilligen.

In der Spezialberatung weist Hauptlehrer Reimpell auf den Unterschied zwischen dem Schulgeld der Einheimischen und Auswärtigen hin. Der Unterschied betrage nur 40 Mk.

Senator Kulekampi: Die Oberbehörde hat sich mit der Frage befaßt, sie kann einer Erhöhung nicht zustimmen.

Hauptlehrer Reimpell beantragt hierauf, das Schulgeld für Inländer auf 200 Mk., für Auswärtige auf 250 Mk. festzusetzen.

Der Antrag wird angenommen.

Die Vorlage findet Ausnahme, sie bedarf aber einer zweiten Beratung.

3. Antrag: Nachtrag zum Gewerbesteuer-Gesetz vom 14. Januar 1913.
Dr. Ziehl: Nachdem das Reichsgericht auszusprechen, daß die Zirkularsteuer mit dem Reichsgesetz im Widerspruch steht, wäre es zweckmäßig, die Zirkularsteuer als Gemeindesteuer zu erheben. Die Zirkularsteuer ist die gerechteste Steuer, die man sich denken kann. Redner stellt das Ersuchen an den Senat, ob die Erhebung der Zirkularsteuer nicht als Gemeindesteuer eingeführt werden könne.

Senator Vermehren: Der Ausfall von 1000 Mk. pro Jahr hat uns wohl zu Erwägungen gezwungen; so einfach, wie Herr Dr. Ziehl es ausführt, ist es nicht, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Eine Namensänderung der für unzulässig erklärten Steuer jetzt noch nicht über die Schwierigkeiten hinweg. Wir würden damit kein Glück haben.

Dr. E. Keger erinnert an das Reichsgerichtsurteil über diesen Fall und wörtlich einige Sätze daraus an. Ein weiterer Weg zu bestimmten ist absolut notwendig, denn diese Steuerzahler müßten es lassen, sie leben möglich. Die Zirkularsteuer hätte nicht belassen werden, hätten aber nicht billiger beschlossen, als die heutige Gewerbesteuer.
Hofft: In diesem Falle sieht man wieder, wie leicht Dinge gemacht werden, ohne die Konsequenzen zu überlegen. Es ist bedauerlich, wenn Gesetze vom höchsten Gerichtshof als nicht zu Recht bestehend angesehen werden. Man kann der Bürgererschaft nicht zurechnen, daß sie alles prüfen kann, was die Herrschaft ausbringt, die dazu kommen und solche Fehler-

lagen dürfen sich nicht wiederholen. Bedauerlich ist, daß nur die einheimischen Gewerbetreibenden zu der Sondersteuer herangezogen werden. Die auswärtigen Gewerbetreibenden stellen sich in der Tat besser als die einheimischen; deshalb ist sehr wohl zu prüfen, wie die Zirkularsteuer heranzuziehen sind. Wir erheben keine Gemeindeabgaben. (Zuruf: Doch, Hundesteuer!) Leipzig wurde angeführt. Dort existiert neben der Einkommensteuer noch die Gemeindesteuer, deshalb ist es möglich, die Zirkularsteuer heranzuziehen. Die Frage ist des Prüffens wert, aber sie muß so eingehend geprüft werden, daß sie vor dem höchsten Gerichtshof auch standhält, nicht daß wir wieder die Aufhebung erleben, weil sie mit einer Doppelbesteuerung nicht zu vereinbaren ist.

v. Schaack unterstützt das Ersuchen Dr. Ziehls, möchte aber nicht eine neue Steuerart, die Kommunalsteuer, einführen. Die Behörde soll die Art und Weise ausdenken. Die großen Zirkular machen hier gute Geschäfte und bezahlen nichts.

Dr. Ziehl ist die Form gleichgültig, ihm liege nur an dem Ertrag selbst. Uebrigens sei unsere Grundsteuer nichts anderes als Kommunalsteuer. Redner ändert seinen Antrag entsprechend ab.

Senator Vermehren stellt eine Gemeindesteuer in Abrede. Wir hätten ein gemeinschaftliches Staatsbudget.

Die Senatsvorlage wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Ebenfalls der Antrag von Dr. Ziehl.

4. Antrag: Erlass eines siebenen Nachtrags zur Stempelordnung vom 22. Dezember 1900.
Dimpler erinnert an die Unsicherheit in bezug der Ausführung des Gesetzes, das in aller Eile beschlossen sei und wünscht eine erläuternde Ausführungsbestimmung. Zu erwägen sei auch eine Rückgabe bei Versicherungen von längerer Dauer, um die Abwanderung von Versicherungen nach Hamburg zu verhüten.

Senator Vermehren sagt zu geeigneter Zeit Berücksichtigung zu.

Der Antrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

5. Antrag: Erlass eines sechsten Nachtrags zum Beamten-Gesetz und Änderungen im Besoldungsdienstalter von Zollbeamten.

Meiborg bringt verschiedene Wünsche vor und empfiehlt die Senatsvorlage.

Röster wünscht möglichst baldige Erledigung der Gesuche der Zollbeamten.

Die Senatsvorlage wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

6. Antrag: Erhöhung der Kosten der Strafvollstreckung.
Wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

7. Antrag: Bebauung des Geländes der Firma Hübner & Co. an der Schönböckener Straße.
Scherling weist auf die reformbedürftigen Zustände an der Schönböckener Straße hin und fragt, ob nach Beendigung der in Angriff genommenen Straßensanierung und Klinkerbelag an der Nordseite der Straße vorgesehen sei. In der Krempeisdorfer Allee sei Gasleitung vorhanden, doch werde die Straße trotz lebhaften Verkehrs nicht beleuchtet. Dies geschehe erst jenseits der Grenze.

Senator Dr. Stoß: Entsprechende Arbeiten sind geplant.

Böhs hat Bedenken gegen die vorgesehene Ausführung. Die Grundstücksgränze z. B. reiche bis zu 80 Zentimeter an die Kastanienallee heran. Dadurch sei gar nicht möglich, einen Klinkerbelag zu legen; man komme zu ähnlichen Verhältnissen wie in der Roelstraße. Die Eigentümer werden verlangen, daß die Kronen geklappt werden. Dadurch ergibt sich der Zustand, daß wir schöne Alleebäume auf der einen Seite fappen müssen, sonst muß beschloffen werden; daß sich die Besitzer das Ueberhängen der Äste gefallen lassen sollten. Gegen die vorgeschriebene Bauweise hat Redner ebenfalls verschiedene Bedenken.

Senator Dr. Stoß: Die Bauaufsichtlinie erfährt keine Veränderung, nur die Straßensanierung. Der Firma konnten für bereits gekaufte Grundstücke keine neuen Vorschriften mehr gemacht werden. Die Besitzer werden den nötigen Streifen bereitwillig abtreten, wenn sie einen Klinkerweg dafür eintauschen. Sollten sich in der Bauweise Unzutraglichkeiten herausstellen, dann kann man auf Grund des § 64 der Bauordnung abhelfen.

Hent (Bültwisch) wünscht Straßenbeleuchtung in Krempeisdorf, da dort Gasrohre liegen.

In der Spezialberatung stellt Böhs einen Antrag, der geschlossene Bauweise an den Häuserblöcken fordert.

Senator Dr. Stoß bittet, diesen Antrag abzulehnen.

Der Antrag Böhs wird abgelehnt, der Senatsantrag mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

8. Antrag: Erlass von Nachträgen zur Bauordnung für die Stadt Lübeck vom 25. Mai 1903 1889, betreffend den Anbau an Straßen und Plätzen in den Vorstädten der Stadt Lübeck.

Böhs stellt einen Änderungsantrag, der sich auf die hängelartigen Fußbestimmungen bezieht; sie seien größtenteils überflüssig, zudem sie bei Staatsbauten auch nicht eingehalten würden. Mißstände würden dadurch nicht geschaffen. In Oldenburg kann man derartiges nicht. Dort würden Willen in kurzer Zeit fertiggestellt und bezogen, ohne daß die Leute durch feuchte Wohnungen krank würden.

Senator Dr. Neumann erjucht der Antrag abzulehnen, wie es der Bürgerausschuß getan habe. Die Baupolizei habe ein Interesse an der Einhaltung der Fußstreifen. Der Kern des Plauerwerks sei viel länger feucht und trocken durch den sofortigen Fuß noch schwerer aus. Die Baupolizei habe die Zeitpunkte eüpernt knapp gesetzt und bei günstiger Witterung weitegehende Rücksicht genommen. In Rücksicht auf die Volksgesundheitspflege könne ein solcher Rückschritt nicht veranwortet werden.

Möller: Der Senat besteht in günstigen Fällen nicht auf vierwöchiger Frist. Wenn es z. B. im Sommer regnet, ist das Verhältnis nicht günstiger, trotz der Schutzfrist. Ich sehe gar nicht ein, weshalb nicht geprüft werden sollte, ob die Bestimmung ausreicht zu erhalten ist. Der Böhsche Antrag sollte dem Bürgerausschuß überwiesen werden. Die kleineren Bauunternehmer, die weitere Arbeiten nicht haben, müssen der Bestimmung wegen die Leute auslesen lassen. Im Winter ist das Verhältnis nicht besser. Die 6 Wochen müssen eingehalten werden, ob es trocken oder feucht ist. Deshalb bin ich für eine Prüfung des Antrages Böhs.

Dr. Benda hält es für ausgeschlossen, daß der Antrag an den Bürgerausschuß gelangt. Er müsse aber auch heute abgelehnt werden, weil er weitreichend sei und nicht im Zusammenhang mit der Vorlage stehe. Der Bürgerausschuß habe mit großer Sorgfalt die Sache geprüft und sie ablehnen müssen.

Senator Dr. Neumann gibt die Unbequemlichkeit der Bestimmung für Bauleute zu, doch dürfe sie in einer Zeit, wo die Sozialhygiene herangezogen werde, nicht zugunsten eines einzelnen Berufes aufgehoben werden.

Der Antrag Böhs wird gegen drei Stimmen abgelehnt. Ein weiterer Antrag Böhs beschäftigt sich mit den Klosettanlagen.

Senator Dr. Neumann will dem Vorredner nicht auf dem Gebiete der „öffentlichen Einzelheiten“ folgen und bemerkt, daß keine Stadt in Deutschland ein so nahes Heran-

rücken der Grundstücksöffnungen zulasse wie Lübeck. Er warnt, dem Antrage zuzustimmen.

Der Antrag Böhs wird abgelehnt, der Senatsantrag mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

9. Antrag: Erlass eines neuen Hundesteuer-Gesetzes.

Dr. Benda, wünscht den § 2 so angenommen, wie ihn die Bürgerausschußkommission empfohlen hat. Er ersucht um Vertagung dieser Vorlage, da sie eine ausgedehnte Debatte verursachen werde.

Löwig: Ich will vorausschicken, daß ich Gegner der Hundesteuererhöhung bin. Die Bürgererschaft hat darüber schon wiederholt beraten. 1906, bei der letzten Hundesteuererhöhung, wurde in der Begründung daselbe angeführt wie heute. Man will einen größeren Ertrag aus der Hundesteuer ziehen und weiter eine Verminderung der Hundezahl erreichen. Ich halte es für möglich, andere Steuerquellen zu finden und andere Mittel aufzubringen, wenn der Staat so dringend des Geldes bedürftig ist. Schon aus der Hundesteuer selbst ergibt sich ein höherer Betrag, wenn alle, die Hunde halten und zum Privatvergnügen haben, zur Steuer herangezogen werden. Bereits früher warf ich die Frage auf, ob alle Hundebesitzer zur Steuer veranlagt seien. Offiziere sind allgemein als Hundebesitzer bekannt, ein größerer Teil von ihnen hält sogar eine Anzahl Hunde, nur ist die Frage, ob sie Steuer bezahlen. Der Senat hatte früher auf meine diesbezügliche Frage nicht geantwortet, doch ist mir bekannt, daß sie keine Steuer zu entrichten haben. Ich frug auch, nach welcher Bestimmung sie davon befreit sind, erhielt aber keine Antwort. Man verlangt doch von jedem anderen, der einen Hund hält, ob er größere Mittel hat oder nicht, die Hundesteuer, warum macht man bei den Offizieren eine Ausnahme? Vielleicht deshalb, weil sie auch in anderer Beziehung Vergünstigungen genießen. Ich kenne kein Gesetz, das sie davon befreit. In Ebersdorf z. B. hat ein Kapitän der Marine sich dagegen beschwert, daß er Hundsteuer zahlen sollte; da hat das preussische Oberverwaltungsgericht zu Ungunsten des Offiziers entschieden und erkannt, daß Offiziere nicht von der Hundesteuer befreit sind. Wir beziehen uns doch immer auf Preußen, warum nicht hier? Ich wünsche, daß die Offiziere mit gleichem Maße gemessen werden, dann wird es schon mehr Einnahmen bringen; ob soviel als die beantragte Steuererhöhung, weiß ich allerdings nicht. Der Senat betrachtet die Steuererhöhung auch als Mittel zur Verminderung der Hunde. Es ist mir bekannt, daß ein Teil der Bevölkerung es nicht gerne sieht, wenn hier viele Hunde herumlaufen. Auch die Verunreinigung der Straßen wird den Hundens auf Konto gesetzt. Es wird aber viel schlimmer gemacht, als es in Wirklichkeit ist. Ein dringende Notwendigkeit, die Hunde durch verdoppelte Besteuerung zu vermindern, besteht in Lübeck nicht. Die Folge würde sein, daß der minderbemittelte Teil der Bevölkerung seine Hunde abschaffen müßte, und die Wohlhabenden, denen es auf 10 Mark nicht ankommt, behält sie. Tierfreunde sind in allen Bevölkerungsschichten vorhanden, warum denn durch steuerliche Maßnahmen die Tiere einem Teile nehmen? Ich halte es für unbillig und ungerecht, wenn dem Senatsantrag gefolgt wird. Wollen Sie größere Einnahmen, dann gibts noch einen Weg, den die Hundesteuer nach dem Einkommen der Hundebesitzer so zu bemessen, so daß der Hundebesitzer einen bestimmten Prozentsatz zur Einkommensteuer als Zuschlag bezahlt. Das ist vielleicht etwas Neues, Sie wissen aber, daß die Einkommensteuerkommission ebenfalls etwas Neues vorschlägt, das in ganz Deutschland aufsehen erregt hat. Weshalb wird nicht auch mit der Hundesteuer so etwas beschlossen? Wenn die Hundesteuer erhöht wird, sollte man sie wenigstens in zwei Raten erheben. In Kiel ist dies auch der Fall. Dann ist eher die Möglichkeit gegeben, daß auch der kleine Mann seinen Hund behalten kann. Ich möchte ferner den Antrag stellen, daß die Zughunde von der Steuer befreit sind. In erster Linie ersuche ich, die Senatsvorlage abzulehnen, sie bringt keine großen finanziellen Vorteile. Auch die kleinen Leute, die Hundebesitzer sind, wollen ihren treuen Freund behalten; daß der Hund nur ein Privilegium der Reichenden sein sollte, können Sie doch nicht wollen. (Beifall bei d. Soz.)

Hent wiederholt seine frühere Anfrage wegen des antinationalen Stückes im Kinotheater und fragt, ob die Zensur nicht genügend gehandhabt worden sei. In anderen Städten sei der Film verboten gewesen.

Senator Dr. Neumann: Es herrschen erst Zweifel ob der Zulassung des Films, eine Sachverständigenkommission hat jedoch keine Bedenken gefunden.

Löwig: Ich wundere mich über die Anfrage des Herrn Hent. Ich dachte zuerst, er wollte das in dem Kinotheater Vorgekommene tabeln. Daß der Senat dem Kino das größtmögliche Maß von Freiheit gegeben hat, soweit es keine berechtigten Gefühle verletzt und auch nicht anstößig ist, bedauere ich nicht. Sehr schlimm ist es aber, wenn es richtig ist, daß Schüler unserer höchsten Lehranstalt in die Vorstellung kommandiert wurden, um dort Kadav zu machen. Bei Arbeiterkindern würde man so etwas schwer verurteilen. Wenn jemand der Film nicht gefällt, hat er das Recht dem Kino fernzubleiben, und so in anständiger Weise seine Abneigung dagegen zu bekunden. Eigenartig und bezeichnend ist es aber, wenn Schüler höherer Lehranstalten beauftragt werden, deutschnationale Gefühle durch Kadav zu demonstrieren. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Senator Dr. Neumann: Wir sind auf Grund der Militärkonvention mit Preußen nicht berechtigt, von Mitgliedern der Garnison, die keine Lübecker sind, eine Steuer zu erheben. Thiele ersucht, die Vorlage abzulehnen. Die neuen Steuern führen zur Abschaffung von Hunden, deren Anschaffung gerade der Polizeisenator anlässlich der Brände empfohlen hat. Die Hundegegner kommen dabei auf ihre Kosten, nicht aber der Senat. Gas- und Wassergeld wurde für den kleinen Mittelstand erhöht, nun kommen auch noch die Hunde. Redner verliest einen Schülerbrief, der um Ablehnung der Vorlage bittet.

Dr. Wehke ist Gegner der Vorlage. Eine momentane Verminderung sei in zwei Jahren wieder ausgeglichen. Die Verunreinigung der Hunde in der Stadt könnte von einigen Frauen weggeschafft werden. Allerdings müßten die Hundebesitzer größere Rücksicht auf die Mitbürger nehmen. Wer weder Hof noch Garten habe, könne dem Hunde nicht den nötigen Spielraum für Befriedigung seiner Bedürfnisse bieten. Gegen das Gesetz ist Redner auch, weil die Zughunde nicht von der Steuer befreit sind.

Dr. Benda ist im wesentlichen mit den Ausführungen sämtlicher Vorredner einverstanden, aber so radikal, die Vorlage ganz abzulehnen, sei er nicht. Daß es richtig sei, für mehrere Hunde eine höhere Steuer zu fordern, daran habe vor einigen Jahren niemand nicht gedacht. Redner stellt zu § 2 einen Änderungsantrag. Der Kampf zwischen Hundesfreund und Hundegegner sei alt, er spiele sich überall ab; sie würden sich niemals verjöhnen. Es handle sich darum, ob der Hund in großen Städten seine Lebensbedingung finde und sich halten könne. Das Polizeikorps z. B. müßte sehr verstärkt werden, wenn die Hunde abgeschafft würden. Gelegenheitsdiebe und Eindrehler würden durch Hunde abgehalten. Bei Erhöhung der Hundesteuer würden sehr viele kleine Leute ihn abschaffen, für die Wohlhabenden spielten 5 Mark mehr keine Rolle. Wenn später ebenso viel Hunde vorhanden seien, dann hätten sich eben die wohlhabenden Schichten solche angeschafft, die kleinen Leute können nicht mehr bezahlen. 15 Mark

Steuer sei die äußerste Grenze, eine weitere Erhöhung um 10 Mark sei ganz enorm. Den Luxus besteuern, den zweiten und dritten Hund, da sei die Steuer angebracht. Dagegen trete er gegen eine Steuererhöhung der Hunde auf dem Lande ein.

Löwig: Nach den vorläufigen Ausführungen des Beredners kann ich mich kurz fassen. Ich will nur darauf hinweisen, daß die Hundesteuer schon deshalb eine ungerechte Steuer ist, weil der Staat keine Gegenleistung dafür bietet. Sonst heißt es stets, die betreffenden Kreise, die mit einer Sondersteuer belegt werden, haben besonderen Vorteil vom Staat. Hier nicht, höchstens die Hundemasse erhalten sie für die 15 Mark. Senator Dr. Neumann kann nicht bestreiten, daß selbst in Preußen die Offiziere zur Hundesteuer herangezogen werden, und hier soll es nicht möglich sein. Im § 3 sind die Befreiungen angegeben, von den Offizieren steht nichts drin. Auch diese müssen zur Steuer veranlagt werden.

Senator Dr. Neumann: Die Militärkonvention ist ein Staatsvertrag zwischen Lübeck und Preußen; auf solche wird jedoch im Gesetze Bezug genommen. Der Senat will die Hunde durchaus nicht abschaffen; eine gewisse Belästigung bringen sie aber mit. Sie bringen eine Unsicherheit des Verkehrs, hauptsächlich von Kindern. Bei Steuern kann man von einer Gegenleistung überhaupt nicht sprechen. Die Hundesteuer zeigt in allen Städten eine steigende Tendenz. Gewiß ist die Mehreinnahme durch die Hundesteuer dem Senat nicht einleuchtend, sie entbehrt also eines finanziellen Einflusses nicht, dagegen ist für das Polizeiamt diese Frage nicht maßgebend. Um dem sehr starken Zunehmen der Hunde (in den letzten Jahren über 100 pro Jahr) zu steuern, muß etwas getan werden. Das Hundewesen ist in Lübeck sehr groß.

Neumann (Schluß): tritt für den niedrigsten Steuersatz auf dem Lande ein.

Scharff hebt den niedrigen Satz Lübecks gegenüber anderen Städten hervor und begrüßt den Senatsantrag, der leider beschädigt aus dem Bürgerausfluß zurückkehrt. Die Hundelage in Lübeck werde hauptsächlich durch zu große Hunde fühlbar, die alles belästigten. Für einen fehlenden Hund brauche man noch lange nicht einen Schutzmann einstellen. Nicht zu vergessen seien die 45 Parasiten, die im Hunde stecken und auf Menschen übergehen. Man müsse endlich vorbeugen, daß sich die Hunde allzu sehr vermehren.

Dr. Hartwig ist für Erhöhung der Hundesteuer. Die Hundezahl hat sich in den letzten 5 Jahren viermal so stark vermehrt als die Menschen. Wenn das so weiter geht, haben wir hier in hundert Jahren mehr Hunde als Einwohner. Nur 8 Prozent derselben sind Hundebesitzer. Die vorgeschlagene Erhöhung der Steuer erscheint dem Redner aber doch zu hoch. Eine verschiedene Behandlung der Hundebesitzer am äußeren Wegebereich sollte man aufgeben.

Aug. Pape zählt zu den Hundefreunden; er wünscht den Vorstadthohnern ebenfalls die billigere Sätze erhalten. Im übrigen gehe die Polizei mit der Vermehrung von Hunden selbst vor, verbiete es aber anderen, gleich zu handeln. Man sollte alles beim alten lassen.

Dr. Wetzke glaubt, daß sich der Verbrecher vor der Strafe nicht so sehr fürchte, wie vor einem Kniff in die Wade. Hätte die alte Dame in der Kronsforder Allee einen Hund gehabt, wäre sie nicht erschossen worden. So lange Verbrecher gegen das Eigentum an der Tagesordnung sind, dürfe man die Hundesteuer nicht zu einer finanziellen Maßregel machen.

Boie: Wenn alle Hunde anschlaffen wollten, würde man zu bösen Zuständen kommen. Schutz vor Einbrüchen sichern sich nur die Wohlhabenden durch Hunde, die können auch eine höhere Steuer bezahlen. Etwas gegen die übermäßige Hundevermehrung muß getan werden.

Hiele: Wir sind hier nicht als Hundebesitzer, sondern Vertreter der Allgemeinheit und deshalb treten wir gegen die Vorlage ein.

Löwig wendet sich gegen Boie, der gemeint habe, die Hundefreunde in der Bürgererschaft wollten die andere Bevölkerung majorisieren. Hier müsse jeder nach seinem Gewissen handeln. Es gebe auch Hundefreunde, die keine Hundebesitzer seien.

Die Steuerätze von 25 und 20 Mk. werden abgelehnt, derjenige von 15 Mk. angenommen. Zustimmung findet ferner die Bestimmung, daß für den äußeren Wegebereich die niedrigere Steuer maßgebend ist. Für das Landgebiet bleibt der Satz von 6 Mk. bestehen.

Dahms erhebt Widerspruch, daß für jeden weiteren Hund 10 Mk. mehr bezahlt werden solle.

Diese Erhöhung wird beschloffen. Auf dem Lande soll in Zukunft für jeden weiteren Hund 3 Mk. bezahlt werden.

Der Antrag Löwig, die Steuer in zwei Raten zu erheben, wird abgelehnt.

Röster beantragt, Hunde der Forst- und Polizeibeamten, die aus dienstlichen Rücksichten gehalten werden, steuerfrei zu lassen.

Maat (Borrade) wünscht auch die Hirtenhunde einbezogen.

Senator Dr. Fehling ersucht um Ablehnung der Anträge.

Löwig beantragt, daß Hunde, die als Zughunde verwendet werden, auf Antrag des Besitzers von der Steuer befreit werden können. — Der Antragsteller hebt hervor, daß Zughunde für gewöhnlich Leuten gehören, die mit den primitivsten Mitteln den Gewerbebetrieb handhaben. Diese Leute finden es ungerecht, wenn ihr Hilfsmittel noch besonders besteuert wird. Diese größeren Hunde forderten schon erhebliche Futterkosten. Die Steuer treffe die Leute deshalb besonders hart. Sie halten den Hund nicht zum Vergnügen, sondern zum Erwerb. Wenn sie einen Antrag auf Steuerbefreiung stellten, sollte ihm entsprochen werden.

Senator Dr. Neumann n. ersucht den Antrag, den Wiffell schon 1906 gestellt habe, abzulehnen. Er würde zu großen Schwierigkeiten führen. Wo wirklich traurige Verhältnisse vorlägen, würde im Gnadenwege verfahren; darüber hinaus könne man nicht gehen.

Brösch (Harmsdorf): Der Antrag ist nicht durchführbar, denn auf dem Lande sind die meisten Hunde Zughunde. **Dr. Benda** hätte für den Antrag Löwig gestimmt, wenn die geplante Erhöhung angenommen worden wäre.

Der Antrag Löwig wird abgelehnt.

Nächste Sitzung am 13. Oktober. (Einkommensteuervorlage.)

Schluß 11 Uhr 15 Minuten.

Aus der Partei.

Preßprozeß. Wegen Beamteneileidung wurde der Verantwortliche der „Düsseldorfer Volkszeitung“, Genosse **Gerlach**, vom Schöffengericht zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt. In einer Schöffensitzung hatte die „Volkszeitung“ mitgeteilt, daß ein höherer Beamter der städtischen Ring- und Hafenbahn in Neuß wegen Sittlichkeitsverbrechens verhaftet worden war. Die Darstellung des Sachverhalts war völlig richtig, nur war der Titel des Beamten falsch angegeben; es handelte sich um einen Beamten im Neußener Baubüro der Staatsbahn. Trotzdem die „Volkszeitung“ diesen Irrtum sofort richtig stellte, wurde auf Antrag des Neußener Bürgermeisters Anklage wegen Beleidigung der städtischen Hafenbahnbeamten gestellt und der Redakteur zu der oben mitgeteilten Strafe verurteilt.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Stettiner Hafnarbeiterstreik. In letzter Zeit stattgefundenen Unterhandlungen führten wiederum zu keinem Ergebnis. Von den Streikenden selbst fanden sich bisher sehr wenige Arbeitswillige. Der Magistrat will diesen Streik zur Machtfrage stampeln. Er läßt in der bürgerlichen Presse erklären, daß er irgend eine Abmilderung der von ihm für die Wiederaufnahme der Arbeit gestellten Bedingungen nicht eintreten läßt oder vor Wiederaufnahme der Arbeit über irgend welche der von den Arbeitern vorgebrachten Wünsche zu verhandeln bereit wäre. Diese Erklärung bezog sich auf eine Mitteilung des Stettiner „Generalanzeigers“, in welcher gesagt war, daß der Magistrat bereit sei, die Arbeiter wieder in ihre alten Rechte einzuführen. Von den bis jetzt zirka 700 aus allen Städten Deutschlands zusammengeschleppten Arbeitswilligen haben bald die Hälfte die gasförmige Stätte im Freihafen verlassen. Was für Elemente darunter vorhanden sind, geht schon daraus hervor, daß 23 dieser nützlichen Elemente Bekanntschaft mit der Kriminalpolizei gemacht haben. Die zur Unterbringung der Streikbrecher dienenden Röhre und Schuppenabteilungen starren förmlich vor Schmutz. Es ist dieses auch kein Wunder, wenn man bedenkt, daß auf einem einzigen Kahn je 100 Personen einquartiert worden sind. Zu all diesen Fragen nahmen am 5. Oktober zwei öffentliche Volksversammlungen Stellung. Die Versammlungen waren außerordentlich gut besucht, die eine mußte sogar wegen Platzmangels in den Garten verlegt werden. In einer Resolution sprachen die Versammelten den städtischen Arbeitern ihre volle Sympathie aus und sagten ihnen die weitgehendste Unterstützung zu. Ganz entschieden hoben die Versammelten Protest gegen die vom Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung vorgenommene Verpachtung des städtischen Hafens und die Aufwendung bedeutender Summen für Arbeitswillige. Sie erblickten darin eine schwere Schädigung der Interessen der gesamten Steuerzahler. Von den städtischen Körperschaften wird erwartet, daß sie unverzüglich mit den Arbeitern in Verhandlungen eintreten und eine Beilegung des Konfliktes herbeiführen.

Bemerkenswertes aus dem Unternehmerlager. Im „Arbeitgeber“ wird ein Vortrag des Unternehmersyndikus Dr. Tänzler-Berlin über Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen in Deutschland veröffentlicht, der letzthin auf einer ostdeutschen Industriellen-Versammlung zu Königsberg gehalten wurde. Der Redner untersuchte auch die Stellung und Artung der christlichen und kirchlich-demokratischen Gewerkschaften und sagt: „Noch im vorigen Jahr traten die christlichen Gewerkschaften beim Bergarbeiterstreik den sozialdemokratischen mit anerkanntem Mute entgegen und jetzt hören wir mit berechtigtem Erstaunen, wie von christlicher Seite aus freien Stücken eine Wiederannäherung an die sozialdemokratischen Gewerkschaften gesucht wird. Man wird hiernach den Boden ihrer Weltanschauung doch als einen recht schwankenden ansehen müssen.“ Die Bedrohung der Christen für den Fall ihrer Rückkehr zur Vertretung der Arbeiterinteressen zeigt deutlich die Besorgnis der Unternehmer um den Verlust einer Hilfsarmee. Von den „wirtschaftlichen“ Verbänden — man kennt sie an ihrer Farbe! — wird gesagt, daß sie schon 230 000 Mitglieder haben und eins scheint Dr. Tänzler sicher: „wenn je der sozialdemokratische Verbandsgedanke überwunden werden soll, so ist der Boden, auf den sich die wirtschaftlichen Vereine gestellt haben, zweifellos der geeignetste hierzu, und in diesem Sinne möchte ich die Zukunft für sie in Anspruch nehmen.“ Die Arbeitgeberverbände werden als reine Abwehr- und Verteidigungsorganisationen erklärt — ostpreussische empfindsamen Menschen wird das erzählt! — und es wird nachdrücklich auf die Entstehung der Unternehmerverbände aus dem Keimmittelsstreik 1904 hingewiesen. In der Abwehr einer Daseinsverbesserung der elendesten Textilarbeiter Deutschlands soll sich wohl der defensiv Charakter am besten geäußert haben! Hervorgehoben sei zur Beachtung der Arbeiter, daß die Verschmelzung der Hauptstelle und des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände zur Vereinigung D. A. als der Schlüsselstein der Unternehmerorganisation bezeichnet wird. Das sollten auch die Arbeiter beachten.

Der nationale Arbeiterkongreß. Wie Worte und Taten der Unterzeichner des Aufrufs zur Einberufung des nationalen Arbeiterkongresses passen dürfte nicht uninteressant sein, zu erwähnen. Unterzeichnet ist der Aufruf von Behrens, Stegerwald, Schiffer, ferner von Wehly, dem Vorsteher des deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes und anderen christlichen Organisationen. Man tut gut, sich gegenüber den löblichen Worten an die Taten der christlichen Führer zu erinnern, die vor 10 Jahren bei den Zolltariffkämpfen sich auf die Seite der Zollwägerei schlugen. 1909 die Finanzreform mitmachten und bei den letzten Wahlen den Scharfmachern und Junkern ihre Wähler zuführten. Noch vor kurzer Zeit wagte es die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, von „Fleischnotrummel“ und von der „roten Fleischnot-Walze“ zu schreiben. Es sei auch daran erinnert, daß der christliche Arbeitersekretär Köhmann, der Reichstagsabgeordnete von Ottweiler-St. Wendel und der Abgeordnete Well (Moers-Rees), dem Bunde der Landwirte gegenüber bindende Verpflichtungen abgaben, für den lückenlosen Zolltarif einzutreten.

Rabiate Hingebürder. In Eisenberg (E.-A.) stehen die Arbeiter der Porzellanfabrik Wilhelm Jäger seit einem Vierteljahr im Streik, weil die Firma Maßregelungen der Arbeiter vorgenommen hatte. Alle Einigungsversuche scheiterten, wahrscheinlich, weil die Firma auf die Hilfe von Streikbrechern rechnete. Und richtig rückten eines schönen Tages 27 Hingebürder unter dem Schutze der Polizei in den Betrieb ein. Die Arbeitswilligen, die durch Vermittlung eines Agenten von auswärts kamen, waren alles andere, nur keine Porzellanarbeiter. Die Firma hatte sich die größte Mühe gegeben, die Rauskreißer in der Stadt unterzubringen, jedoch ohne Erfolg. So wurde den Braven ein gasförmiges Quartier in der Fabrik eingerichtet und ein Beamter mit dem Posten eines Verbergaters betraut. Die Siebenmonatskinder begannen dann ihre staatsverhaltende Tätigkeit unter Vertilgung übergroßer Mengen Alkohol. Da nun die Leistungen mit dem versprochenen Lohn in keinem Verhältnis standen und Abzüge gemacht wurden, brach in der Fabrik eine Revolte aus. Die Streikbrecher schlugen in der Nacht zum 21. September, jedenfalls unter der Einwirkung allzureich genossenen Alkohols, alles was ihnen unter die Hände kam entgegen. Fensterscheiben, Geschirr, Kapfen, Formen, Maschinenteile usw. fielen ihrem Vandalismus zum Opfer. Die Polizei, die vorher im Lokalblatt die Streikenden vor Belästigung der Arbeitswilligen unter Androhung der Anwendung der betreffenden Strafgesetzbuchparagraphen gewarnt hatte, bekam nun alle Hände voll zu tun, um Wiederholungen solcher Exzesse zu verhindern. Auch bekamen Fabrikleitung und Beamte Furcht vor der impulsiven Tätigkeit der Streikbrecher. So wurden denn die Arbeitswilligen einige Tage später entlassen. Aber auch der Direktor des Betriebes selbst mußte am 1. Oktober einem Nachfolger den Platz räumen. Inwiefern der Streik zu seinem Weggange beigetragen hat, entzieht sich allerdings unserer Kenntnis.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Post auf der Anklagebank. Zu einer vernichtenden Anklage gegen die Post gestaltete sich eine Verhandlung vor dem Schwurgericht in L. r. gegen einen 32jährigen Briefträger wegen Amtsunterschlagung. Der Angeklagte trat 1904 in den Dienst der Post mit einem Lohne von 1 Sage und 1 Schreibung 2,70 Mk. pro Tag. Dieser königliche Lohn erhielt jedes Jahr eine Erhöhung um einen ganzen Groschen pro Tag. Daß ein erwachsener Mensch mit einem solchen Lohn nur auskommen kann, wenn er besondere Fähigkeiten zum Darben mitbringt, liegt auf der Hand. Als der Angeklagte schließlich nach drei Jahren heiratete und dann auch noch Krankheit ihren Einzug in die Familie hielt, da gestaltete sich seine Lage immer trauriger. Er geriet in Schulden, und als es ihm nicht gelang, diese zu decken, trieb ihn die Verzweiflung zu dem unglückseligen Schritt, sich eine Geldsendung von 225 Mark anzueignen. Diese Unterschlagung hatte dann, um die Entdeckung zu verhindern, noch weitere Verfehlungen zur Folge. Er unterdrückte Briefe und fällte außerdem noch eine Privaturkunde. Als alle seine Bemühungen, den unterschlagenen Betrag zu ersetzen, vergeblich waren, verließ er den Dienst und flüchtete nach Luxemburg, von wo er später ausgeliefert wurde. Der Angeklagte entrollte ein geradezu erschütterndes Bild von dem harten Kampf, den er gekämpft, er habe zeitweise buchstäblich gehungert. Es waren Zeugen da, die bestätigen konnten, daß der Angeklagte auf seinen Dienstgängen oft so abgezehrt und hungrig aussah, daß sich Leute veranlaßt fühlten, ihm etwas zu essen zu geben. Trotz dieser unglücklich traurigen Sachlage beantragte der Staatsanwalt ein Jahr und drei Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte den Angeklagten unter Berücksichtigung der großen Notlage zu neun Monaten Gefängnis; eine Strafe, die immer noch geradezu empörend wirken muß, wenn man bedenkt, daß der eigentliche Angeklagte zweifellos die Postbehörde war, die ihre Unterbeamten in dieser menschenunwürdigen Weise entlobt.

Billige Sühne. Der Hauptmann Graf von Brodowicz im Feldartillerie-Regiment Nr. 5 aus Sproitau hatte einen Kanonier so vor die Brust gestochen, daß dieser gegen eine Wand taumelte. Dafür erhielt er vom Glogauer Kriegsgericht ganze vier Tage Stubenarrest zubüßert.

Aus Nah und Fern.

Buchmacher und ihre Helfer. Gegen einige Buchmacher in Berlin schwebt gegenwärtig ein Verfahren, in das auch zwei Gendarmeriewachmeister verwickelt sind. Diese wurden, wie jetzt bekannt wird, bereits am 11. August d. J. verhaftet und nach der Festung Küstrin gebracht, wo sie sich noch in Untersuchungshaft befinden; sie sollen für Geld das Treiben der Buchmacher begünstigt haben.

Von einer Löwin zerfleischt. Dem im Raubtierhaus des Breslauer Zoologischen Gartens beschäftigten Hilfsarbeiter Stehlik wurde, als er durch das Gitter hindurch eine Löwin streichelte, durch einen Krampf der Arm zerfleischt. Ein zufällig amesender Handwerker stieß mit einer Eisenstange die Löwin fort und befreite den Verletzten.

Autounfälle. In der Nacht zum Sonntag fuhr bei Westerbüßen ein Automobil gegen einen Baum. Die Insassen, eine Kellnerin und der Besitzer des Automobils, wurden herausgeschleudert. Die Kellnerin hat so schwere Verletzungen erlitten, daß sie sofort starb. Der Chauffeur, dem die Schuld an dem Unglück beigemessen wird, wurde verhaftet. — Am Sonntag wollte in der Rue du Faubourg in Paris ein Kraftwagen einen Autobus überholen, blieb aber mit der Achse an dem Autobus hängen. Der Mechaniker des Autobus fuhr, um Unglück zu verhüten, plötzlich sehr scharf nach rechts, infolge dessen das Gefährt, das sich in sehr schneller Fahrt befand, umschlug und auf den Bürgersteig fiel. Hierbei wurden vier Passanten verletzt. Dreizehn Insassen des Autos wurden herausgeschleudert und schwer verletzt. Zehn von ihnen mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Den anderen brauchte nur ärztliche Hilfe geleistet zu werden.

Durch einen schweren Wolfenbruch, verbunden mit Hagelschlag, der am Sonntag über die Stadt Köln und Umgebung niedergegangen ist, sind die dem Rhein zunächst gelegenen Straßen überschwemmt worden.

Im Wahn? Aus Saarbrücken wird berichtet: Der frühere Glashändler Liegmann erschlug seine Ehefrau mit einem Dachdeckerbeil. Die 22jährige Tochter entging nur knapp dem gleichen Schicksal. Liegmann erschloß sich dann selbst. Er soll die Tat in einem Anfall von Geistesstörung verübt haben.

Wühlungen. Sonntag abend haben internationale Einbrecher den Fußboden über den Räumen der Depositenkassette der Deutschen Bank in der Wilsdrufferstraße in Dresden durchbrochen. Alle Versuche, die Tresors und Kassenschränke zu öffnen, sind mißlungen, ebenso alle Anstrengungen, die Panzerwände zu durchbohren.

Böser Ausgang eines Wortwechsels. Der Direktor der Selbstengeldschaft Witz in Wiesbaden, Krieger, erschloß den 23jährigen Gilboten Ebel nach kurzem Wortwechsel, der infolge einer Lohndifferenz von drei Mark entstanden war. Der Täter wurde verhaftet; er konnte nur mit Mühe vor dem Publikum geschützt werden.

Der politisch verwickelte Prinzenpomp. In der „Münchener Post“ lesen wir folgende „tragische“ Geschichte: Ort der Handlung: Straßburg und Zürich. In Straßburg, der wunder schönen Stadt, hielt sich wieder einmal ein junger Prinz studierendshalber auf, ein Prinz — sagen wir: ein Prinz mit zahlreichen Brüdern. Das „Studieren“ von Prinzen aber kostet viel Geld, und in diesem Falle weit mehr Geld, als mit dem väterlichen Wechsel einging. Und als die Straßburger Semester zu Ende gingen und die königliche Höhe sich mit ihren Gläubigern abfinden wollte, da ergab sich, daß ein rundes halbes Millionchen dazu nötig war. Wohl ein bißchen viel. Aber Prinzen zahlen, wie man weiß, erhöhte Lagen für ihre Vergnügungen und sind leicht zu schöpfen. Dem Papa bedachten? Ausgeschlossen. Dazu ist der Brocken zu groß. Also ein Generalpomp zur Abfertigung aller einzelnen. Ein nachgeborener Prinz genießt freilich nicht den unbeschränkten Kredit eines Thronfolgers, aber bei nachhaften Zinsen und fetter Provision lassen sich schließlich die Manieren doch herbei, und wäre es im Auslande. Nur aus Frankreich — die Bedingung stellte der Prinz — darf das Geld nicht sein; sonst überall her, sogar aus der helvetischen Republik. Ein Finanzmann in Zürich hat einem „Studien“-Genossen des Prinzen, dem Sohne eines sehr hohen Reichsbeamten, 200 000 Franken verschafft; warum soll der nicht auch dem Prinzen aus der Klemme helfen? Und er versprach, sein Bestes zu tun, der Züricher Finanzagent. Aber die Verhandlungen waren nicht verschwiegen geblieben, und der Papa der königlichen Höhe fand es für angemessen, das Geschäft zu stören. Eines Morgens in der Früh, so erzählt ein Züricher Blatt, kommt ein Kantonspolizist und verhaftet den abnungstosen Ruedeli (den Finanzagenten) wegen

Schwinds und Betrugs. Der gute Mann wird zunächst einige Stunden eingesperrt. „Was Teufel ist denn los?“ fragt er wiederholt. — Ihr werdet dann schon sehen. Ihr haibe Schwindler!“ erwiderte der Polizeileutnant. Endlich wird dem Verhafteten eröffnet, daß man den Betrug und Schwindler in seiner Behauptung erblicke, er müsse für den Betrug ein Darlehen von 600 000 Franken suchen. Da lachte der „Schwindler“ hell auf und wies durch schriftliche Belege einwandfrei nach, daß er tatsächlich den Auftrag hatte, für den Prinzen diese Summe zusammenzupumpen. Worauf man ihn laufen lassen mußte, zum Ärger des Herrn Polizeileutnants, der offenbar schon von einem Verdienstorden mit Eichenlaub, Brillanten und Franen geträumt hat, wie das Züricher Blatt bemerkt, das es im übrigen für eine Schande erklärt, „daß sich die schweizerische Polizei dazu hergibt, hiesige Bürger zu verhaften, bloß deshalb, weil ein deutscher Fürstentum Pumperluche macht“ und diese Pumperluche seinem Wada nicht passen. — In die Schullesebücher wird jedenfalls diese Prinzenaffäre nicht aufgenommen.

Schreckstat einer mißhandelten Frau. In Mors hat gestern eine Bergmannsrau eine entsetzliche Tat begangen, um sich von ihrem Peiniger zu befreien. Dort übergab die

Frau des Bergmanns Sima ihren schlafenden Mann mit Spiritus und zündete den Schlafenden an. Der Mann verbrannte. Die Frau wurde verhaftet. Sie hat die Tat nach ihren Aussagen begangen, um sich vor den andauernden Mißhandlungen durch ihren Mann zu retten.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. In den Steinbrüchen bei Marcellat (Frankreich) explodierte eine Dynamitpatrone vorzeitig; zwei Arbeiter kamen ums Leben, mehrere wurden schwer verletzt.

Mord in der Universität zu Kairo. Wie aus Kairo gemeldet wird, überfiel ein französischer Student meuchlings den sein Gebet verrichtenden Professor der Al-Azhar-Universität, Scheich Tassani, und tötete ihn durch mehrere Messerstiche. Der Mörder, der auch zwei Studenten, die ihn festnehmen wollten, verwundete, wurde verhaftet.

Todessturz aus dem Freiballon. Ein schweres Ballonunglück hat sich bei Barcelona zugetragen. Beim Aufstieg eines Freiballons wurde ein Mann, am Schlepseil hängend, mit in die Höhe gerissen. Der Ballonführer stürzte bei dem Versuche, den in Gefahr Schwebenden in die Gondel zu ziehen, aus etwa 10 Metern Höhe auf

die Erde und wurde getötet. Der am Seile hängende Mann setzte seine gefährliche Luftreise noch einige Kilometer weit fort; dann landete der Ballon, ohne daß der Mann Schaden genommen hätte. Der abgestürzte Ballonführer hinterläßt eine Witwe und fünf Kinder.

Schweres Eisenbahnunglück in Rußland. Bei Einfahrt in den Bahnhof Dünaburg stieß ein aus Riem kommender Schnellzug mit einer von einem Postzuge losgeföppelten Lokomotive zusammen. 14 Personen wurden getötet, 17 schwer und 11 leicht verletzt.

Durch große Überschwemmungen sind auf Ceylon die Eisenbahnen zerstört worden. 52 Russ wurden durch einen Erdrutsch lebendig begraben. Unter den vielen Ertrunkenen befindet sich auch ein europäischer Planzer.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Woche mit Knorr.

Suppenwürfel nährhafte, billige Suppen!

Unsere Hausmarken:

Cumberland	Suppe
Franfurter	"
Hausmacher	"
Pariser	"
Sieben Schwaben	"
Weibertrou	"

sind unerreicht in Wohlgeschmack und Ausgiebigkeit. 1 Würfel 5 Teller 10 Pfennig.

Ebenso anerkannt sind Knorr-Hafermehl, Haferfloeken.

Mit dem heutigen Tage habe ich das

Milch- und Brotgeschäft von Herrn Franz Meyer, Augustenstraße 13a, übernommen. Aufmerksame Bedienung zusichernd, zeichne

Hochachtungsvoll **Bernh. Meinen.**

Täglich frische Semmeln, sowie Kaffee- und Teegebäck. D. D.

Bebel-Postkarten sind wieder vorrätig.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

Uebernahme ganzer Beerdigungen. Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen. Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Meierei Schwartau Inh.: Ph. Eitel — Fernspr. 2144. liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art in bester Qualität. (363)

Zentralverband der Zimmerer. Zahlstelle Lübeck.

Mitgliederversammlung am Mittwoch, dem 8. Oktober 1913 abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52. Tagesordnung: Die Sperre auf dem Staatsplatz. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand. 7606

Unübertroffen wäscht Ragoda Gegen Gutsche bis Ende 1914 auf 5 Pfd. 1 Ia. Taschenmesser, 1 Schere od. 1 Mosaik-Brosche, 20 Pfd. 1 Double-Uhrkette. (226) Schumann & Wille, Wittenberge.

Verband d. Maler! Die Versammlung am Mittwoch, dem 8. Oktober, fällt aus. Der Vorstand. 7609

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter und verw. Berufsgenossen. Zahlstelle Lübeck.

Kränze Buketts u. Girlanden liefert billigst **Fr. Schmidt** Bülowstraße 11, Markt und Dornestraße 16 a, Hofstentor. Fernsprecher 113.

Käse-Lager Schlumacherstr. 12 Detail-Verkauf a. d. Diele. (7466) Ia. Schweizerkäse 1 Pfd. 70 Pfg. Holl. Rahmkäse 1 Pfd. 50-70 Pfg. Tilsiter Vollfettkäse 1 Pfd. 50-70 Pfg. Ia. Limburgerkäse 1 Pfd. 40 Pfg.

Zür den Winterbedarf empfehle ganz vorzügliche **Camburger Eierkartoffeln** Feinster Nr. 3, sowie feine getrocknete **Magnum bonum** Nr. 2. Proben bitte zu entnehmen. **C. Heese**, Meierstraße 26. Fernspr. 1449

Mitgliederversammlung am Donnerstag, d. 9. Oktober abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52. Tagesordnung: 1. Aufnahmen. 2. Abrechnung vom 3. Quartal. 3. Krankentassenwahlen. 4. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand. 7619

Sohlen und Absätze zu billigen Preisen in den **Schuhreparatur-Werkstätten** Brink 11b, Gürtstraße 90.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Bezirks-Versammlung für die Mitglieder in **Moising** am Donnerstag, d. 9. Oktober abends 8 1/2 Uhr im Lokale des Hrn. Siemers (Kaffeehaus Moising.) Tages-Ordnung: 1. Bericht des Genossenschaftsrats. 2. Wie stellen wir uns zu dem geforderten 1/8 Uhr Ladenaufschluß. 3. Genossenschaftliches. Angeichts der wichtigen Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen der Mitglieder und deren Frauen unbedingt erforderlich. 7602) Der Vorstand.

Achtung! Deutscher **Bauarbeiter-Verbd.** Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, dem 8. Oktober abends 8 1/2 Uhr. im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstr. 50-52. Tages-Ordnung: 1. Das neue Krankenversicherungsgesetz. Referent: Paul Hoff. 2. Die Zuschußkasse für die Mitglieder des Bauarbeiterverbandes 3. Bericht vom Gewerkschaftstaktell. 4. Bericht vom Gewerkschaftshaus. 5. Abrechnung vom 3. Quartal. 6. Verschiedenes. Der wichtigen Tagesordnung halber ist zahlreiches Erscheinen notwendig. (7612) Der Zweigvereinsvorstand.

Landarbeiter-Verband Ortsgruppe St. Schenkenberg. Einladung zum **BALL** (2. Stiftungs-Fest) verbunden mit Festrrede am Sonntag, dem 12. Oktober im Lokale des Herrn J. Hering in Moorgarten. Anfang 4 Uhr. Ende 1 Uhr. Herren 1 Mk., einzelne Dame 20 Pfg. 7615) Das Komitee.

Neues Stadttheater. Dienstag, den 7. Oktober: 19. B. i. Boll. 2. 4. B. i. Dienstag. Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Der Kuhreigen. Große Oper von Menzl. Große Preise. (7601) Mittwoch, den 8. Oktober 1913. Außer Abonnement. Kleine Preise Anfang 8 1/4 Uhr. Ende geg. 11 U.

Preciosa. Schauspiel v. B. v. Wolff. Musik von C. v. Weber. Donnerstag, den 9. Oktober: 20. B. i. Boll. 2. 4. B. i. Donnerstag. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr

Kosmersholm Schauspiel von Josen. Mittelpreise.

Komitee- und Kommissionssitzungen

V. u. A. 7601

Donnerstag, den 9. Oktober abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52.

Heute anstehend nach schweren langen Leiden unser Vater, der Arbeiter **August Fessel.** Dies zeigen an **Gebrüder Fessel** nebst Familie. Herrenweg, den 6. Oktober 1913. Beerdigung Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause Kolonie 93, Herrenweg, aus. (7611)

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl. Zahlstelle Lübeck. Distanz Lübeck. (7617)

Nachruf. Am Montag, den 6. Oktober starb unser Mitglied, der Kollege **August Fessel.** Ihre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, d. 9. Oktober, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof Friedhof 93, Die Erdbegräbnisse.

Für die vielen Blumenkränze dankbar unter Hochachtung gegen die vielen Kollegen und Bekannten, besonders aber der Bestattung des Herrn Fessel, für das schöne Gedächtnis unsern besten Genossen.

Joseph Schmitt und **Frau,** geb. Arndt. 7619)

Mädchen für die Sonntagfrunden sofort gesucht. 7609) Bismarckstr. 14. 1.

Sucht zu sofort **eine Plätterin** für Oberhemden und kleine Mädchen 7622) Jüts, Gärtnergasse 5.

Junge Näherin per sofort gesucht (7609) Friedrichs & Co., Johannisstr. 1.

Ein freundliches Logis zu vermieten. 7605) Engelstraße 50. Eine 3-Stunden-Wohnung gesucht. Hofstentor-Nord, zum 1. Jan. zum Preise bis 280 Mk. Ang. unt. A an die Exp. d. Bl. (7603)

Sichere Brotstelle. In der Nähe von Segeberg ist in groß. Dorfe, Bahnh., ein flottgehendes Kolonialwaren-Geschäft, verbunden mit Schweinefleischerei, bei 3-4000 Mk. Anzahlung sofort zu verkaufen. Makler verboten. Angebote unter R B 10 an die Expedition dieses Blattes. (7616)

Neue, moderne (7609) **Schlafzimmer-Einrichtung** bill. zu verk. Bei St. Johannis 22. v. 1 Sofa, 1 Spiegel m. Mont., 2 Stühle billig zu verk. Langer Lohberg 13. Ein langer Winter-Mantel für ein junges Mädchen. Größe 46 und ein Herren-Paletot für mittl. Stg. je 6 Mk. zu verk. Obertrabe 57a, 1.

Ein neuer Waschtrog billig zu verkaufen. 7618) Engelstraße 7, III rechts. Die über Frau Emma Schwarz verbreitete Behauptung erkläre ich hiermit für unmaß. 7623) **Rudolf Wüberg.** Meine Verlobung mit **Auguste Gärtner** erkläre hiermit für aufgehoben. (7613) **Ernst Schmidt.**

Holsten-Meierei Fernruf 2336 Wickenstr. 44 empfiehlt alle Meiereiprodukte in bekannter Güte. Geschäfte, welche **Niederlagen** übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (185) Abreisenden aufbewahrt u. nachgehende aller Art, als: Möbeln, Koffer etc. im Lagerhaus u. Expeditions-Geschäft **Hüfnerstr. 52.** (184)

Visitkarten — II. Eichenbeinkarton — 100 Stück von Mk. 1.— an liefert Die Buchdruckerei des **Lübecker Volksboten:** Johannisstraße 46.